

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 288.

Montag, den 9. Dezember 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Orientproblem.

10. Das Industriekapital.

Wie die Staatschuld, so sind auch die Eisenbahnen in der Türkei für die europäische Hochfinanz zu einem Mittel sehr intensiver indirekter Ausbeutung der Volksmassen geworden. Der Staat gewährt Garantien, und das Volk muß die Gelder durch Steuern aufbringen. Daneben hat es aber im Orient an den Methoden der direkten Ausbeutung niemals gefehlt. Das sind ja die Länder, die den Handel wie die städtische Kultur zuerst entwickelt hatten. Die Ausbeutungsmethoden waren von hier aus nach Mitteleuropa übertragen worden, wurden dort weiter entwickelt, bis sie schließlich in der kapitalistischen Industrie ihre Vervollkommenung erreicht haben. In dieser vervollkommenen Form greifen sie dann wieder von Westeuropa nach dem Orient hinüber.

Das kommerzielle und industrielle Kapital, das sich in der Türkei betätigt, tritt uns von vornherein durch starke Konzentrationen entgegen.

Da ist in erster Linie die Tabakregie zu nennen. Sie stellt eine Verbindung zwischen dem Staat, der Hochfinanz und dem industriellen Kapital dar. Es ist das ein Staatsmonopol, das an eine Privatgesellschaft verpachtet ist. Die Tabakregie hat das ausschließliche Recht des Verkaufs von Tabak und Tabakfabrikaten für den inländischen Konsum im Gebiete des Osmanischen Reiches. Der Verkauf für den Export ist frei. Der Tabakanbau ist frei, steht aber unter scharfer Kontrolle der Tabakregie, von der er auch wirtschaftlich abhängt. Die Regie diktiert die Preise sowohl dem Tabakbauer wie dem Tabakkonsumenten, und da sie der einzige Unternehmer der gesamten Tabakindustrie ist, so diktiert sie auch die Löhne den Tabakarbeitern. Aus dieser dreifachen Quelle schöpft sie ihren Profit. Die dreifache Ausbeutung bedeutet aber eine doppelte Einschränkung: Einschränkung des Tabakbaues und Einschränkung des Konsums. Es herrscht deshalb im Volke eine starke Erbitterung gegen die Tabakregie, die zweifellos zu einem Hindernis der Entwicklung der türkischen Tabakkultur geworden ist. Das Parlament war ebenfalls fast durchweg gegen die Regie gesinnt. Die Konzession läuft im Jahre 1913 ab. Es war unter diesen Umständen nicht daran zu denken, daß sich eine Parlamentsmehrheit für die Erneuerung des Vertrags finden würde. Doch die Tabakregie hängt, wie wir wissen, eng zusammen mit der Ottomanischen Bank und mit der Finanzgruppe. Man geht deshalb kaum fehl, wenn man zu den geheimen Triebfedern, die zu dem Sturz des jungtürkischen Regimes beigetragen hatten, auch die Tabakregie mitrechnet.

Da die Tabakausfuhr frei ist, so hat sich mit der Zeit ein bedeutendes Exportgeschäft in Tabak entwickelt. Dieses gerät aber immer mehr unter den Einfluß einer ausländischen Kapitalistengruppe, nämlich des amerikanischen Tabaktrusts. Andererseits haben sich die einheimischen Großhändler zu einem Kartell zusammengeschlossen, das den doppelten Zweck verfolgt: einerseits, die Löhne der Tabaksortierer zu drücken, zweitens die Tabakleinändler zu verdrängen. Die Bewegung scheint vom Tabaktrust gefördert zu werden, der mit Hilfe des Kartells leichter zur Beherrschung des Marktes gelangen würde.

Bevor wir zu anderen großen Kapitalkonzentrationen übergehen, möge hier noch ein eigenartiges Monopol erwähnt werden, das von einem Bedienten Abdul Samids diesem abgelobt wurde und nach verschiedenen Wandlungen in den Besitz einer Aktiengesellschaft übergegangen ist. Es ist das das Cismonopol für Konstantinopel. Eine große Brauerei hat sich darauf etabliert, die 20 % Dividende verteilt, sie schlägt die Konkurrenz dadurch, daß sie den Händlern, die anderes Bier vertreiben, kein Eis liefert.

Eine große Konzentration ist der Teppichtrust. Schon 1888 erklärte er in seinen Prospekten, daß er 20 000 Webstühle mit 100 000 Arbeiten beschäftige. Seitdem hat er sein Kapital verdoppelt — es beträgt jetzt 20 Millionen Mark — und den Wirkungskreis ungemein erweitert. Es ist dies zunächst eine Zusammenfassung der Hausindustrie. Der Trust verteilt seine Garnwolle an die Knüpferrinnen und läßt sie nach seinen Mustern Teppiche herstellen. Auf diese Weise hat er sich nicht nur die gesamte Hausindustrie Anatoliens, sondern auch jene Persiens unterworfen. Im Zusammenhang mit diesem großen Geschäft errichtete er eigene Wollspinnereien und Färbereien. Dadurch gelangte er zur Beherrschung des Handels in Wolle. Er errichtete Webereien und Tuchfabriken und übernahm Tuchlieferungen für die türkische Armee.

Eine Händlervereinigung ist der Feigentrust, der sich dieses Jahr konstituiert und gleich schon diesen Sommer zu Bauernrevolten geführt hat. Er hat nämlich die Einkaufspreise um mehr als 30 % gedrückt, trotzdem die Marktpreise hoch stehen. Die Bauern, die auch sonst bei den Händlern tief verschuldet sind, werden dadurch mit einem Schläge zugrunde gerichtet. Außerdem hat der Trust das Verladungsgeschäft in Smyrna konzentriert, wodurch Hunderte kleiner Verloader brotlos wurden.

Es gibt noch mehrere Händlervereinigungen, die ja nicht einzeln aufgezehrt zu werden brauchen, da es sich nur darum handelt, an typischen Beispielen die Wirkung des modernen Kapitals aufzudecken.

Zum Schluß eine ganz moderne Gruppierung — so modern, daß man sie wohl als die komplizierteste aller kapitalistischen Kombinationen, die das alte Europa bis jetzt gekannt hatte, bezeichnen dürfte. Sie trat hier jüngst zum Vorschein als Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und ist tatsächlich nichts anderes als die Berliner Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, die es übernommen hatte, Konstantinopel mit elektrischen Tramways und elektrischer Beleuchtung zu versehen. Zu diesem Zwecke hat sie die bereits bestehende Trambahn und die Tunnel-Gesellschaft aufgekauft. Dieses Konstantinopel-Geschäft ist aber nur der eine industrielle Zweig eines Konsortiums, das unter der Führung der „Deutschen Bank“ steht. Außer den Tramways und der elektrischen Beleuchtung von Konstantinopel verfügt dieses Konsortium über die orientalische Eisenbahn, die anatolische Eisenbahn, die Bagdad-Bahn, die Bahn Saloniki-Monastir, die Häfen von Haidar-Pascha und Alexandrette; es führt große Bewässerungsarbeiten in Konia aus, errichtet Baumwollplantagen in Adona und besitzt bereits Konzessionen über weitere Eisenbahnbauten. Es ist das eine Verbindung von Eisenbahnen und Industrie, die ja in Deutschland infolge der Verstaatlichung der Eisenbahnen nicht mehr auf kapitalistischem Wege durchgeführt werden kann.

Parvus.

Vom Balkan.

Die Türken und die Griechen wollen jetzt direkt über den Waffenstillstand und den Krieg verhandeln.

Im Anschluß an die Friedenskonferenz in London soll eine Konferenz der Vorkämpfer in London stattfinden. Die Griechen haben Sonnabend Sani Quaranto in Albanien eingenommen und dort die griechische Flagge gehißt. — Der abgeschlossene Waffenstillstand findet auf türkischer Seite nicht allenthalben Zustimmung. So will der türkische Kommandant von Skutari denselben nicht anerkennen.

Die Griechen haben sich wieder einer Gewalttat schuldig gemacht. Die „Tribuna“ meldet aus Durazzo: Der der italienischen Schiffsfahrts-Gesellschaft „Puglia“ gehörige Postdampfer „Adriatico“, der auf der Fahrt von Bari nach Valona mit einer Ladung von 50 Tonnen Mehl für Rechnung eines französischen Handelskaufes in Marjele begriffen war, wurde gestern früh durch griechische Schiffe, die vor der Insel Saseno kreuzten, beschlagnahmt und als Kriegsbeute nach Korfu gebracht.

Dem Daily Telegraph wird unter dem 6. Dezember aus Bukarest gemeldet: Der rumänische Gesandte in Athen hat Vorstellungen gegen die Ausschreitungen der griechischen Truppen in Mazedonien erhoben. Ministerpräsident Veniceles habe geantwortet, er habe keine Kenntnis von den Tatsachen. Er werde aber sofort eine Untersuchung anstellen lassen und die Schuldigen exemplarisch bestrafen. Ein besonderer Beamter werde zur Untersuchung nach Mazedonien geschickt werden.

Aus Budapest kommt eine Meldung, die zeigt, daß von einer „Entpannung“ der Lage garnicht geredet werden kann. In derselben wird die Situation als überaus gespannt bezeichnet. Man glaubt, daß in wenigen Tagen die Entscheidung erfolgen wird. Für den Ernst der Lage bezeichnend ist weiter eine Wiener, aus kompetenter Stelle stammende Information des Pester Lloyd, in der es u. a. heißt: In Serbien ist noch immer keine Wendung zum Besseren eingetreten. Nach allgemeiner Empfindung ist der Zeitpunkt fast schon versäumt, in dem man sich der Hoffnung hingeben dürfte, daß Serbien endlich doch die Schwenkung zu jener Politik vollziehen werde, die wir in unserem Interesse unbedingt von ihm verlangen müssen. Die Leistung unserer auswärtigen Politik hat ihr möglichstes getan, um Serbien von unseren guten Absichten zu überzeugen. Wie es scheint, sei jedoch der Erfolg nicht eingetreten.

Bedauerlicherweise wird von gewissenlosen Maulhelden das Feuer noch geschürt. So hat Maximilian Harden in Wien einen Vortrag gehalten, in dem er u. a. seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß es zu einem Kriege mit Serbien kommen müsse. Er habe sich darüber gewundert, daß man in Österreich die Erklärung des deutschen Reichskanzlers, daß Deutschland an der Seite Österreichs stehen werde, wenn dieses angegriffen sei, mit so freudiger Überraschung aufgenommen habe. Dieser Standpunkt sei selbstverständlich und entspringe dem eigensten Interesse Deutschlands. Denn es handle sich nicht um Albanien oder um einen Hafen an der Adria, sondern darum, daß das Germanentum nicht durch einen slawischen Ring eingekreist und vom Orient abgeschlossen und keine slawische Hegemonie errichtet werde. Den Hafen könne Österreich-Ungarn schon deswegen den Serben nicht zugestehen, weil man nicht wissen könne, ob es sich nicht um einen Stützpunkt Rußlands im südlichen Meer handle. — Harden ist reif für eine Kaltwasserheilanstalt!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Begräbnisreden.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfes über das Vertriebsmonopol für Petroleum ist in der Sonnabend-Sitzung zwar erst begonnen worden, man kann aber doch schon das traurige Ende der Vorlage voraussagen. Sie ist tot, und die Reden gehören beinahe schon zur Beerdigungsfeierlichkeit. Allerdings wird der Entwurf der Regierung nicht ohne Schönheit und Zeremonie sterben: es wird zweifellos zu einer Kommissionsberatung kommen, die indessen kaum ein anderes als das erwartete Ergebnis haben wird. Die wirkliche Bedeutung der Kommissionsberatungen wird sein, daß man Näheres über allerhand Einzelheiten erfahren wird, die die Begründung mit Absicht der Öffentlichkeit vorenthalten hat. Zu diesen interessantesten Neuigkeiten wird z. B. gehören die Methode, mit der die Regierung die sichere Versorgung Deutschlands mit Leuchtöl erzielen zu können glaubt, und vor allem die heute noch etwas geheimnisvolle Beziehung der großen Bankkonzerne zu dem Entwurf. Man weiß ja — am besten aus dem offen geführten Kampfe um die Beute — wie die großen finanzkapitalistischen Gruppen sich in dieser Frage geäußert haben. Vollständige Aufklärung darüber zu schaffen, wird, wie gesagt, wohl die Hauptaufgabe der Kommissionsverhandlungen sein.

Die Trauerfeier am Sonnabend ist eingeleitet worden durch eine Rede des Reichsfinanzsekretärs Kühn, der aus seinem Pessimismus kaum ein Hehl machte. Er begründete viel weniger seinen Entwurf, als er ihn gegen die bereits erfolgten oder zu erwartenden Ausstellungen verteidigte. Und seine Ahnung trug ihn nicht! Die Redner der großen Parteien verhielten sich deutlich ablehnend. Genosse Wurm erklärte in seiner ausgezeichnet sachverständigen und klaren Rede, daß wir für ein derartiges Handelsmonopol, das die privatkapitalistische Macht zu stärken geeignet ist, keinesfalls zu haben sind. Selbstverständlich billigen wir den Eingriff des Staates in den freien Verkehr, und unser Redner machte die Regierung darauf aufmerksam, daß ein Teil ihrer eigenen Darlegungen geradezu dem ersten Teil des Entwurfs Programms hätten entnommen werden können. Nur in der Schlussfolgerung trennen wir uns von der Regierung, die einmal viel eher ein entschlossenes Reichsmonopol hätte vorschlagen sollen, und dann sicherlich den Fehler begangen hat, auf dem schwierigsten Gebiete aller Monopolbestrebungen viel zu spät aufzutreten. Dazu kommen zahlreiche Einzelbestimmungen, und spezielle Merkmale dieser Vorlage: ihr dunkler finanzkapitalistischer Ursprung, die nahezu sichere Verteuerung des Petroleums. Das ist auch klar, daß wir uns durch den Räder der Veteranenfürsorge, für deren Kostenaufbringung eine glatte Vermögenssteuer angebracht ist, unmöglich langem lassen können.

Die Deduktionen unseres Redners waren so streng in ihrer Logik und so klar vorgetragen, daß selbst der Zentrumsredner Dr. Mayer-Kaufmann ihnen ausdrücklich zustimmen mußte. Er machte im einzelnen mehrere berechtigte Auslegungen an dem Entwurf, und er verwahrte sich auch gegen die sozialpolitische Deckung der Regierungsabsicht, ohne freilich in diesem Augenblick zu bedenken, daß man dem Zentrum mit gutem Recht ähnliche Mandatverden aus anderer Zeit vorhalten kann. Daß für das Zentrum vielleicht auch andere, mehr persönliche Motive maßgebend sein könnten, ließ im späteren Verlauf der Debatte der Fortschrittler v. Schulze-Gävernitz erkennen, der zum ersten Male deutlich den Namen des amerikanischen Trustvertreter und Zentrumsfreundes Richemann in die Debatte warf. Die Fortschrittler sind, so erklärte ihr Redner in seinen teilweise allzu professoralen Darlegungen,

cher Freunde der Vorlage, während für die Nationalliberalen der Württemberger Kreis den ablehnenden Teil seiner Fraktion vertrat. Zu den Gegnern rechneten sich auch die Herren Dr. Uren dt, D o m b e k für die Polen, und Th u m a n n, der im Namen der Zentrumsblätter sprach. — Am Montag nimmt die Debatte ihren Fortgang.

Der Feuerwehrronflikt im preussischen Abgeordnetenhanse.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Sonnabend wurde fast ganz ausgefüllt durch die Besprechung des Vorgehens des Berliner Polizeipräsidenten gegen den Verein Berliner Feuerwehrleute. Als erster Redner kam Genosse Hoffmann zu Wort, der zunächst gründlich mit dem konservativen Scharfmacher Kreis abrechnete. Kreis versuchte, mit allerhand Mäßen den Ausführungen Hoffmanns entgegenzutreten, worauf Genosse Hoffmann ihn unter lebhaftem Beifall und kräftigen Lachsalben der gesamten Linken zum zweiten Male abfertigte. In der Sache selbst stand zwischen Genossen ein reichhaltiges Material zur Verfügung, das haarfarrig beweist, welche ungeheurer Terrorismus auf die Feuerwehrleute ausgeübt worden ist und wie man sogar versucht hat, sie zum Fliehen zu zwingen. — Dem Minister von Dallwig waren diese Feststellungen offenbar unangenehm; er versuchte sie hinwegzuleugnen, aber selbst seine näheren Freunde schienen von der Richtigkeit seiner Ausführungen durchaus nicht durchdrungen zu sein. Eisz doch selbst der Oberscharfmacher Schr. v. Zedlitz, der im übrigen für strenge Disziplin eintrat und die Maßnahmen des Polizeipräsidenten billigte, durchblickte, daß an den Angaben des Genossen Hoffmann vielleicht doch manches Wahre sei. — Eine zweideutige Haltung nahm das Zentrum ein, dessen Redner, Abg. König offenbar den Konservativen nicht mehren wollte, es aber auch mit den Feuerwehrleuten nicht verderben wollte und deswegen eine Rede hielt, die mit „einerseits“ und „andererseits“ gespickt war. — Für die Interessen der Feuerwehrleute traten noch die Abgeordneten Cassel und K o p s j von der Fortschrittlichen Volkspartei ein. Ersterer nahm bei der Gelegenheit auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung gegen die Beschimpfungen des Abg. Kreis in Schutz.

Nach Beendigung der Besprechung nahm das Haus einige kleinere Vorlagen an und vertagte sich dann auf Montag.

Die Erneuerung des Dreibundes.

Ein halbes Jahr vor der Frist für die Erneuerung des bis zum 8. Juni 1914 laufenden Dreibundvertrages ist dieser Vertrag wieder erneuert worden, und die drei Regierungen legen offenbar Wert darauf, gerade im gegenwärtigen Augenblick diese Tatsache mit allem Nachdruck zur Kenntnis der anderen Mächte zu bringen. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau bringt die Meldung in nachstehender offizieller Form:

„Der zwischen den Souveränen und den Regierungen von Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien bestehende Bundesvertrag ist ohne jede Änderung erneuert worden.“

Der „Berliner Lokalanzeiger“ unterstreicht die mit dieser Veröffentlichung verfolgte Absicht, anscheinend auf Grund amtlicher Inspiration, noch in folgender Weise:

„Wenn nun schon ein halbes Jahr vor Ablauf der Kündigungsfrist erbi erbi verkündet wird, daß der Vertrag auf weitere sechs Jahre verlängert worden ist, so liegt es nahe, dies mit den augenblicklichen politischen Verhältnissen Europas in Verbindung zu bringen. Die Balkankrise und die bevorstehende Londoner Friedenskonferenz haben sicherlich, wenn auch nicht die Erneuerung selbst, so doch die Veröffentlichung des Erneuerungsaktes beschleunigt. Alle Anzeichen seiner politischen Gegner, die gegen den Fortbestand des Dreibundes noch in letzter Zeit zu intrigieren suchten, haben sich als falsch erwiesen, ganz ebenso, wie alle Kombinationen, die von einer Erweiterung des Vertrages in maritimer und kolonialer Hinsicht sprachen, müßig waren. Der amtliche Wortlaut der Bekanntmachung stellt ausdrücklich fest, daß der Bundesvertrag „ohne jede Änderung“ erneuert worden ist.“

Die Jesuitenaktion des Zentrums — eine Mache!

Das ist das Urteil der bekannten katholischen „Kölner Korrespondenz“. Sie schreibt in ihrer letzten Nummer Nr. 53, es sei nur Opportunismus, was den Baghemismus veranlasse, jetzt entgegen seiner innersten Natur in die Jesuiten einzutreten. Mit dem von Erzberger kürzlich entdeckten „Kulturkampf“ sei es nichts Neues gewesen; da würde die Jesuitenfrage besser; sie sei greifbar und das Volk sei längst darauf eingeschult. Weiter heißt es in dem Artikel: Nachdem der Kölner Richtung die Mache vom Gesicht gerissen wurde, und man nicht nur in Rom, sondern auch in weiten katholischen Kreisen Deutschlands fertig geworden ist, halten die Kölner Opportunisten es für zweckmäßig, wieder einmal die katholische Volksseele in Wallung zu bringen. Wir wollen über die zahllosen Mitläufer der Kölner Richtung, die Leute von Wagners Volksfreund, Eßners Volkszeitung, Keißers Zeitung usw. nicht urteilen, ihnen geht es wie dem Herrn Erzberger, der über die Dinge schreibt und schimpft, von denen er nichts versteht. Aber die Herren „Generalstabler“ der Kölner Richtung wissen, was sie wollen. Sie müssen fühlen, daß ihre ganze Jesuitenaktion dem innersten Wesen ihrer Richtung widerspricht. Darum halten wir ihre ganze Aktion für eine Mache. Und auf Mache verweisen sie sich ausgezeichnet.“

Noch ein ungültiges Reichstagsmandat.

Die Wahlprüfungskommission beschäftigte sich am Freitag erneut mit der Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Dr. B e d e r - B i n g e n - A l e x (Hessen), der in der Stichwahl gegen den Pfarrer K o r e l (Fortschr.) mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt wurde. Bei Prüfung der Wahl durch die Kommission im Frühjahr erholte sich die Mehrheit für Dr. Beder auf vier Stimmen. Die damals beschlossene Beweisführung hat die Richtigkeit einer Reihe der im Protest angeführten Behauptungen ergeben. In einem Falle waren drei Wähler zugleich in dem Wahlraum, weshalb Dr. Beder drei Stimmen in Abzug gebracht wurden. Weiter führte

man ihm sieben Stimmen, die von Leuten abgegeben wurden, welche nicht wahlberechtigt waren. Entmündigte, Ausländer usw. Eine lange Debatte rief ein Antrag des Referenten, die im Wahlkreis Dautenheim für Dr. Beder abgegebenen Stimmen diesem zu kürzen, hervor. Dort hatte der Bürgermeister und Wahlvorsteher die zwei sozialdemokratischen Wahlkontrolleure aus dem Wahllokale gewiesen, angeblich, weil sie sich nicht vorgestellt hatten. Erst eine Beschwerde beim Kreisamte verschaffte ihnen in den Nachmittagsstunden den Zutritt. Doch nun füllten bald Dautenheimer Einwohner das Lokal — wie von Zeugen behauptet wird, auf Bestellung des Bürgermeisters —, die den beiden unangenehmen Aufpassern den Aufenthalt darin verleideten. Weiter hat ein Zeuge vor Gericht erklärt, daß der Wahlvorsteher die Wahlstimmzettel in die Urne legte, daß eine Kontrolle der Wähler möglich war. K o r e l hat in diesem Orte in der Hauptwahl acht und in der Stichwahl vier Stimmen erhalten. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde auf Mittwoch den 11. Dezember (den nächsten Sitzungstag) vertagt. Nach den bisherigen Beschlüssen der Kommission — ganz gleich, wie die Abstimmung über den erwähnten Antrag ausfällt — ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Wahl Dr. Beder für ungültig erklärt wird.

Komödie.

Staatsminister v. Feilich in Bückeburg hat für das Fürstentum Schaumburg-Lippe eine Kommission berufen, die darüber beraten sollte, ob in diesem Staate besondere Maßnahmen zur Vinderung der Fleischnot notwendig seien. Die Kommission bestand aus Landwirten, Schlächtern, Händlern und Gastwirten; sie hat die Frage, ob Fleischnot herrscht, verneint. Dabei waren von der Kommission als Durchschnittspreise ermittelt worden: im Einkauf für 100 Pfund Lebendgewicht Schweine 59 bis 63 Mk., Rindfleisch 42 bis 58 Mk., Kalber 42 bis 60 Mk., im Verkauf für das Pfund: Schweinefleisch 90 Pfg. bis 1,20 Mk., Rindfleisch 90 Pfg. bis 1,20 Mk., Kalbfleisch 90 Pfg. bis 1,10 Mk. Die Verkaufspreise entsprechen also denen, die auch anderwärts gefordert werden und die eben von der minderbemittelten Bevölkerung nicht bezahlt werden können. Aber eine Fleischnot besteht nicht! Denn — so wird auch in Schaumburg-Lippe argumentiert —: Wer kein Geld hat, braucht sich kein Fleisch zu kaufen.

Die französische Presse und die Rede des Reichskanzlers.

Die französische Presse, die sich letzte Woche bei der Beurteilung der Balkanereignisse ziemlich beruhigt äußerte, hat die Montagsrede des deutschen Reichskanzlers einmütig als dem Frieden wenig förderlich gekennzeichnet. So zurückhaltend die meisten Besprechungen der Bethmannschen Rede sind, so deutlich bricht überall die Frage durch: warum des Deutschen Reiches erster Minister es wohl für nötig gehalten haben mag, wider seine Gewohnheit, wider die diplomatische Gepflogenheit und wider die von den europäischen Ministern, die in den letzten Wochen zur Balkanfrage sprachen, angeschlagenen Tonart, so unzweideutig plump auf die Waffenbrüderschaft Deutschlands und Österreichs hinzuweisen. Der großkapitalistische „Lemps“ glaubt aus den Ausführungen Bethmann-Hollwegs schließen zu dürfen, daß der 1879 mit Österreich abgeschlossene Defensiv-Vertrag dadurch zu einem Offensiv-Vertrag gestempelt worden sei. Andere Blätter, die nicht so weit gehen, und die es unterstreichen, daß der Kanzler von dem Fall eines gegen Österreich gerichteten Angriffes sprach, geben ebenfalls ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß Bethmann-Hollweg keine andere Form für seine Ausführungen wählte. „Wir sind ja von der deutschen Diplomatie diese grobe, rücksichtslose Weise gewohnt, aber diesmal erscheint sie uns völlig unangebracht und gefährlich“, so lautet ungefähr das Urteil der Blätter aller Richtungen, von denen sich übrigens keines nur zu Hezphrasen hinreißen läßt, wie wir sie zweifellos in der deutschen pangermanischen Presse lesen würden, wenn etwa der französische Ministerpräsident eine Rede im Stil unseres Bethmann-Hollweg gehalten hätte. In der „Humanité“ schreibt Genosse Marcel Sembat, der von jeher, wie alle französischen und deutschen Sozialisten sowohl für eine deutsch-französische als für eine deutsch-englische Verständigung eintritt, die er übrigens auch bei dieser Gelegenheit wieder empfiehlt: „Wenn wir denselben Ton anschlagen wollten, wie der Kanzler, dann würde unser Dialog bald in ein Gezänk ausarten.“ Selbst bei den vorurteilslosesten Politikern Frankreichs hat also die Montagsrede Bethmann-Hollwegs den übelsten Eindruck gemacht.

Maßnahmen gegen geisteskranke Verbrecher.

Der nationalliberale Reichstagsabg. Dr. van C a l k e r hat im Reichstag die Frage gestellt:

„Gedenkt der Herr Reichskanzler noch vor der allgemeinen Reform des Strafrechts gesetzgeberische Maßnahmen herbeizuführen, um einen wirksamen Schutz gegen Verbrecher zu gewähren, die wegen Geisteskrankheit außer Verfolgung geblieben oder freigesprochen worden sind?“

Die Beantwortung dieser Frage erfolgt am Dienstag.

Der Wahlrechtsraub in Neuf i. S.

Zu den jetzigen Sitzungen des Landtags ist auch der 22jährige Fürst von Köstlich als Vertreter des Besitztums Köstlich erschienen. Da der Herr das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, beantragten die Sozialdemokraten, dessen Teilnahme an den Landtagsverhandlungen für unzulässig zu erklären. Die bürgerlichen Abgeordneten lehnten diesen Antrag einstimmig ab. Es erfolgte hierauf die Bereidigung des geborenen Abgeordneten. Damit ist die Zweidrittel-Majorität des Landtages gesichert; eine etwaige Obstruktion würde also unwirksam sein.

In der Sonnabend-Sitzung des Landtages wurde die Wahlrechtsvorlage von den nationalliberalen und konservativen Rednern im Sinne der Regierung verteidigt. Ein freisinniger Abgeordneter erhob zwar gegen die Vorlage einige prinzipielle Einwände, einen bestimmten Beschluß aber haben die Freisinnigen zu der Vorlage anscheinend noch nicht gefaßt. — Von sozialdemokratischer Seite sprachen die Genossen K o h m a n n und K a h n t, welche die Vorlage und die Art ihrer Vorbereitung, die

eine Überrumpelung war, scharf kritisierten. Es kam hierbei zu Zusammenstößen mit dem Präsidenten. — Der Versuch eines Scharfmachers, die Vorlage in einer folgenden Nachmittags-Sitzung durchzupeitschen, mißlang. Die Debatte geht Dienstag weiter. Von unserer Seite sind noch einige Redner gemeldet.

Zur Nachwahl in Neuf i. S.

Der Bund der Landwirte hat beschlossen, bei der am 19. Dezember stattfindenden Ersatzwahl für den Antisemiten Lattmann einzutreten. — Die „Tägliche Rundschau“ sagt zur Aufstellung Lattmanns:

„Diese Kandidatur begegnete aber im eigenen Lager starkem Widerspruch, und wurde in einer äußerst schwach besuchten Mitgliederversammlung der Christlich-Sozialen Vereinigung in Neuf nur mit 9 gegen 5 Stimmen, die sich für die Unterstützung der Kandidatur Stresemann, aussprachen, beschlossen. Ob Herr Lattmann unter diesen Umständen die Kandidatur annehmen wird, ist noch zweifelhaft. Jedenfalls muß betont werden, daß es des Zusammengehens aller nationalen Kreise bedarf, um den Kreis Neuf ältere Linie der Sozialdemokratie zu entreißen, und daß die von extrem-konservativer Seite aufgestellte Forderung nach einem mehr rechtsstehenden Kandidaten deshalb unberechtigt ist, weil ohne die 3200 fortschrittlichen Stimmen der Kreis überhaupt nicht gewonnen werden kann.“

Die „Tägliche Rundschau“ steht antisemitischen Kreisen so nahe, daß sie wissen könnte, daß Lattmann auf diese Kandidatur nicht verzichten wird. Es ist eine lange geübte Taktik der Antisemiten, sich in solche Kreise einzudringen, um durch möglichst demagogisches Auftreten in die Stichwahl zu kommen. Ist dies erreicht, dann beanspruchen sie die Unterstützung der unterlegenen bürgerlichen Partei als eine Selbstverständlichkeit. Diese Taktik wird natürlich auch bei dieser Wahl angewendet.

Österreich-Ungarn.

Vom österreichischen Kriegszustandsgesetz. Der hartnäckige Widerstand unserer österreichischen Genossen gegen die Durchpeitschung des Kriegszustandsgesetzes hat bereits den Erfolg gehabt, die bürgerlichen Parteien gegen den Terrorismus der Regierung einigermaßen zu stärken, wodurch der Vorlage wenigstens die schlimmsten Giftzähne ausgebrochen werden konnten. Die Regierung sah sich gezwungen, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Gesetz nur bei wirklicher Kriegsgefahr oder Kriegsbedrohung angewendet werden dürfe, sodaß also die unbestreitbare Absicht der Regierung, unter der Vorpiegelung einer Kriegsgefahr die Rechte des Volkes aufzuheben und die Arbeiter durch Mobilisierung der Militärdisziplin zu unterstellen, gescheitert ist. Weiter hat die Regierung zugestanden, daß die zu Kriegszustand herangezogenen unter keinen Umständen in die Feuerlinie geführt werden dürfen, daß sie möglichst in der Heimatgemeinde verwendet und nicht zu Arbeiten herangezogen werden sollen, die ihrem Beruf allzu fern liegen.

Belgien.

Die Begründung einer Militärvorlage. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus einer Sitzung der Rechten in Brüssel, daß die Regierung über die neuen Militärreformen Mitteilung gemacht habe, so unter anderem: von Deutschland seien in letzter Zeit große Anstrengungen gemacht. Von dieser Seite sei Belgien bedroht durch fünf statt früher drei Armeekorps. Man befürchtet, daß im Falle eines Krieges Deutschland in Belgien einbrechen werde. Man müßte sich dagegen wehren.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 9. Dezember.

Die Einführung einer Warenhaus- und Konsumvereins-sonderbesteuerung in Lübeck wird am kommenden Mittwoch den Bürgerausschuß beschäftigen. Es sind noch nicht zwei Jahre vergangen — am 10. Januar 1911 — da lehnte die Bürgerschaft es mit 56 gegen 33 Stimmen ab, in Lübeck durch eine hohe Ausnahmebesteuerung der Warenhäuser und des Konsumvereins der Arbeiter sogenannte „Mittelstandspolitik“ zu treiben, durch die in letzter Linie die Konsumenten geschädigt werden. Schon damals drohte der Senat damit, daß die abgelehnte Steuer wiederkommen werde. Und jetzt macht er die Drohung wahr.

Zur Rechtfertigung dieses Vorgehens bezieht sich die Steuerbehörde darauf, daß auch die Kommission der Bürgerschaft, welche die Senatsvorlage betreffend die Bedingungen für Lieferung von Gas und Elektrizität zu prüfen hatte, in ihrem Bericht zum Ausdruck brachte, daß die Einführung einer Warenhaussteuer eine durchaus zeitgemäße Maßnahme zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben sein würde.

Die Absicht, welche aus der Verbindung der Warenhaussteuer mit der Umgestaltung der Lieferungsbedingungen für Gas- und Elektrizität herausgeht, ist leicht zu erkennen. Der Senat will diejenigen Bürgerschaftsmitglieder, welche für zeitgemäße Gas- und Elektrizitätspreise eintreten, zwingen, die ungerechte und ungerechtfertigte Konsumvereins- und Warenhaussteuer zu schulden. Ob ihm das gelingen wird, erscheint aber doch sehr fraglich.

In der Begründung des Gesetzes marschieren angebliche Sachverständige auf, welche dartzun sollen, daß die Steuer gerechtfertigt sei, daß sie nicht als Erdrosselungssteuer wirkt und daß die Konsumenten dadurch nicht belastet werden. Sollte aber einem Warenhausbesitzer eine Abwälzung gelingen, so würde sie doch bei dem großen Umsatz im einzelnen Falle so geringfügig sein, daß eine nennenswerte Benachteiligung des Käuferpublikums dadurch nicht bewirkt werden könnte“, sagt die Steuerbehörde in ihrem Bericht. Dabei trägt diese „nicht nennenswerte Benachteiligung“ des Publikums doch etwa 40000 Mk. dem

aus die Summe ist ja der Betrag der Steuer angenommen worden!

Was zur Begründung der Besteuerung des falschen als sozialdemokratisch bezeichneten Konsumvereins gesagt wird, ist mehr als dürftig. Es heißt dort: „Der Betrieb des Konsumvereins ist nichts anderes als eine besondere Form des Kleinhandelsbetriebes. Die angeblichen „Ersparnisse“, die den Mitgliedern als „Dividende“ zufließen, sind nichts anderes als ein Gewinn aus diesem Handelsbetrieb. Die Mitglieder beziehen ihn als Mitunternehmer ohne Rücksicht darauf, aus welchen Waren und aus welchen Verkaufsstellen der Gewinn gestossen ist.“

Oberflächlich und unzufrieden kann man wohl kaum über das Wesen der Konsumvereine und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung urteilen, als das in den zitierten Sätzen geschieht. Daß von einer Erdrosselungssteuer nicht die Rede sein könne, wird folgendermaßen bewiesen: „Erfahrungsgemäß wird bei einem gut verwalteten Konsumverein ein Reinertrag von 10 % des Umsatzes erzielt. Die hier in Vorschlag gebrachten 2 % Umsatzsteuer würden mithin 7 1/2 % des Reingewinnes beanspruchen.“

Und das soll keine Erdrosselung sein! Bewahre! Man nimmt den Mitgliedern, die fast ausschließlich der schwer um ihre Existenz ringenden Arbeiterklasse angehören, nun den größten Teil ihrer Erübrigung! Das paßt vorzüglich zum Lübschen Wahlrecht, das den Arbeitern auch ihre politischen Rechte in ähnlichem Maße beschneidet.

Wir werden die neue Attacke der Lübschen Steuermacher auf die Taschen der Arbeiterklasse noch einer ausführlichen Besprechung unterziehen. Der Gesetzesentwurf hat folgenden Wortlaut:

Der Senat, im Einvernehmen mit der Bürgererschaft, hat beschlossen und verkündet als Gesetz: 1. Hinter § 10 des Gesetzes wird folgender neuer Paragraf als § 10a eingefügt: Von Betrieben, in denen mit mehr als einer der nachstehenden Warengruppen Kleinhandel betrieben wird (Warenhäusern), wird, wenn der hier erzielte jährliche Umsatz mehr als 400 000 Mk. beträgt, außer der Gewerbesteuer eine Warenhaussteuer erhoben. — Die Warengruppen sind: A. Material- und Kolonialwaren, Ess- und Trinktwaren und Genussmittel, Tabak und Tabakfabrikate (auch Rauchentensilien), Apothekerwaren, Farbwaren, Drogen und Parfümerien; B. Garne und Zwirne, Posamentierwaren, Schnitt-, Manufaktur- und Modewaren, gewebe, gestricke, gewalkte und gestricke Waren, Bekleidungsgegenstände (Konfektion, Pelzwaren), Mäße jeder Art, Betten und Möbel jeder Art, Vorhänge Teppiche, Möbelstoffe und die zu deren Verarbeitung dienende Anfertigung von Zimmedekorationen; C. Haus-, Küchen- und Garten-gerätschaften, Dosen, Glas-, Porzellan-, Steingut- und Tonwaren, Möbel jeder Art und die dazu dienenden Möbelstoffe, Vorhänge und Tepiche; D. Gold-, Silber- und sonstige Juwelierwaren, Kunst-, Luxus-, Galanteriewaren, Papp- und Papierwaren, Bücher und Musikalien, Waffen, Fahrräder, Jagd-, Reit- und Jagdgerätschaften, sonstige Sportartikel, Nähmaschinen, Spielwaren, optische, physikalische, medizinische und musikalische Instrumente und Apparate. Waren, die zu keiner der vorstehenden Gruppen gehören, werden nicht als besondere Warengruppe gezählt. Waren, die mehreren Gruppen zugerechnet werden können, werden nur einmal gezählt. Heber die Gruppenzugehörigkeit einer Ware und über die Anwendung der Absätze 2 und 3 entscheidet im Zweifelsfalle endgültig und unter Ausschluß des Rechtsweges der Senat. Wenn sich der Handel mit Waren der einen Gruppe nach Herkommen und Gebrauch auch auf solche Waren anderer Gruppen erstreckt, die mit ihnen zugleich feilgeboten zu werden pflegen, so ist Handel mit nur einer Warengruppe anzunehmen. Trotz Zerlegung eines Betriebes in mehrere getrennte selbständige Betriebe unterliegt der Betrieb der Steuer, wenn es sich hauptsächlich um einen Warenhausbetrieb handelt. Die vorübergehende Beschränkung auf eine Warengruppe befreit nicht von der Steuerpflicht. Die Steuer beträgt 2 % vom Hundert des Jahresumsatzes. Wird die Steuer nachweislich zwanzig vom Hundert des für das betreffende Steuerjahr zu versteuernden Ertrages (§ 8) übersteigen, so ist sie auf Antrag auf diesen Betrag, nicht aber weiter als bis auf die Hälfte des Steuersatzes herabzusetzen. Der Antrag ist bei Abgabe der Steuererklärung oder im Festsetzungsverfahren zu stellen. Wird für den Betrieb außer der Gewerbesteuer die Fiktalsteuer (§ 10) erhoben, so fällt die Warenhaussteuer fort. Die Warenhaussteuer wird außer der Gewerbesteuer auch erhoben von Konsumvereinen, wenn ihr Jahresumsatz mehr als 400 000 Mark beträgt, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die sonstigen Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen. — Auf Konsumvereine findet der Abs. 8 keine Anwendung. II. Die §§ 5, 6, 7 und 8 des Gewerbesteuergesetzes werden, wie folgt, abgeändert: § 5 Abs. 2. Diese Vorschriften sind auf die Entrichtung der Fiktalsteuer (§ 10) und der Warenhaussteuer (§ 10a) sinngemäß anzuwenden. Treten die Voraussetzungen für die Verpflichtung zur Entrichtung der Fiktal- oder der Warenhaussteuer erst nach der Eröffnung des Betriebes ein oder fallen sie weg, bevor der Betrieb aufhört, so ist die Fiktal- oder die Warenhaussteuer zu entrichten für die Zeit von dem Beginn des Kalendermonats, der auf den Eintritt dieser Voraussetzungen folgt, bis zum Ablauf des Kalendermonats, in dem ihr Wegfall angezeigt ist. § 6. Die Verwaltung der Gewerbesteuer wird der Steuerbehörde übertragen. Wer den Betrieb eines stehenden Gewerbes beginnt, wer hier Betriebe der in § 10 Absatz 1 und 2 bezeichneten Art unterhält oder wer den Kleinhandel auf mehr als eine der in § 10a Absatz 1 unterzeichneten Warengruppen ausdehnt, hat hiervon spätestens innerhalb zweier Wochen nach dem Eintritt dieser Umstände der Steuerbehörde schriftlich Anzeige zu machen. Dieser Anzeige bedarf es nicht, soweit die Anmeldung gemäß § 14 der Gewerbeordnung erfolgt. Das Aufhören eines steuerpflichtigen Gewerbes, sowie der Wegfall der Voraussetzungen für die Verpflichtung zur Entrichtung von Fiktalsteuer oder Warenhaussteuer ist in jedem Falle der Steuerbehörde schriftlich anzuzeigen. § 7 Absatz 4. Für Konsumvereine und Konsumvereinstellen, sowie für die in § 3 Nr. 1 bezeichneten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, sofern sie überhaupt der Steuer unterliegen, beträgt die Steuer 2 vom Tausend des jährlichen Umsatzes. § 8 Nr. 5. Die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer einschließlich der Fiktal- und der Warenhaussteuer. III. Hinter § 29 wird folgender neuer § 29a eingefügt: Die Warenhaussteuer ist zuerst für das mit dem 1. April 1913 beginnende Steuerjahr zu entrichten. IV. Der Senat wird ermächtigt, das Gewerbesteuergesetz in der durch diesen Nachtrag abgeänderten Fassung und in neuer Paragraphenfolge zu veröffentlichen.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Novbr. 1912 beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommensteuer 824 486,74 Mk., Wertzuwachssteuer 10 232, — Mk., Grundsteuer 17 866,48 Mark, Eisenbahnsteuer — Mark, Erbschaftsteuer 454 Mk., Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 24 422,74 Mk., Veräußerungs-

abgabe 21 516,03 Mk., Stempelabgaben 11 423,70 Mk., Schiffsabgaben 53 189,95 Mk., Gewerbesteuer 5 189,49 Mk., Fiktalsteuer — Mk., zusammen 967 827,11 Mk., gegen 898 289,46 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 1912 mehr 74 437,65 Mk. Vom 1. April bis Ende Nov. gingen insgesamt 4 479 973,04 Mk. ein gegen 4 203 096,91 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 1912 mehr 176 876,13 Mark.

Von einem Fuhrwerk überfahren wurde gestern abend gegen 7 Uhr an der Ecke der Schwartauer Allee und Wäldestraße eine Frau. Dieselbe klagte über heftige Schmerzen. Welcher Art die Verletzungen waren, konnten wir leider nicht in Erfahrung bringen.

pb. Einbrüche auf Segelschiffen. In letzter Zeit wurde auf zwei im hiesigen Hafen im Winterlager liegenden Segelschiffen Einbrüche verübt und Metalle, Streichhölzer und andere Gegenstände gestohlen. Die Täter, welche an Bord der Schiffe erhebliche Sachschädigungen ausführten, wurden ermittelt. Es sind zwei hiesige Volksschüler und ein stellungsloser Schiffsjunge. Der Schiffsjunge wurde festgenommen.

pb. Entwendeter Palest. In der Nacht vom 7. zum 8. d. M. ist in einer Wirtschaft in der Schlumacherstraße ein dunkelfarrierter, ziemlich langer, mit schwarzem Sammettragem versehener Winterüberzieher abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Des Diebstahls verdächtig ist ein polnisch sprechender Arbeiter, der mit einem dunkelblauen Jackett und dunkler Schirmmütze bekleidet war.

pb. Diebstahl. In einer hiesigen Herberge sind einem zugereisten Fremden ein Paar neu beschönte Spangenschuhe abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Verhaftet wurde ein in einem hiesigen Fuhrgeschäft tätig gewesener Kutscher, der aus einem Speicher eines hiesigen Geschäftes einen Ballen leere Säde gestohlen hat. Auch seinem früheren Arbeitgeber unterschlug er eine größere Anzahl Säde.

pb. Ein Schwindler dingfest gemacht. Ermittelt und festgenommen wurde der Mann, der sich am 5. ds. Mts. von zwei Frauen die Rabattmarkenbücher anhandigen ließ unter Vorpiegelung der falschen Tatsache, er sei von dem Rabatt-Sparverein Lubeca beauftragt, die Rabattmarkenbücher einzusammeln, weil der Verein andere Marken ausgeben wolle. Es ist ein arbeits- und wohnungsloser Arbeiter aus Gadebusch. Ein hiesiger Arbeiter, der ihm bei der Verwertung der Rabattmarken behilflich war und sich von dem Erlös 50 Pfennige abgeben ließ, dürfte sich wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Moorgarten. Eine gut besuchte Volksversammlung fand hier gestern nachmittag im Wälderkrug statt. Genosse Löwig-Lübeck referierte über das Thema „Krieg dem Kriege“ und fand mit seinen Ausführungen die lebhafteste Zustimmung der Erschienenen. Genosse Hoff-Lübeck wies auf die Notwendigkeit des Erwerbs des Lübschen Bürgerrechts hin und forderte die Arbeiter auf, soweit sie die Vorbedingungen erfüllt haben, schon jetzt Bürger zu werden. Das Arbeitersekretariat ist gern bereit, unentgeltlich Rat und Hilfe zu erteilen. Die weitere Diskussion bewegte sich im gleichen Sinne. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Mitona. Eine folgenschwere Sauerstoffexplosion ereignete sich Freitag nachmittag am Güterbahnhof bei der Zweibrückenstraße. Dort waren Angehörte der Firma Wanda, am Brooktorai 13, damit beschäftigt, einen mit Kohlenläurestaßen beladenen Waggon auszuladen. Beim Umladen auf dem zur Fortschaffung der Kohlenläurestaßen bereitstehenden Wagen explodierte plötzlich eine der Flaschen. Die Wucht der Explosion war fürchtbar. Einer der Transporteure wurde buchstäblich in Stücke gerissen und war sofort tot. Der Eisenbahnwagen wurde schwer demoliert. Zug 6 der Feuerwehr wurde um Hilfe gebeten, und rücte an, trat aber nicht in Tätigkeit, da weitere Personen nicht verletzt waren. Wodurch die Explosion erfolgte, ist nicht festgesetzt; vermutlich ist die Flasche zur Erde gefallen und dabei zur Explosion gekommen.

Malchin. Der Streit um das Gehalt des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin. Die Schweriner Regierung fordert, daß für den Fall einer Verfassungsreform für den Schweriner Großherzog ein Jahresgehalt von 2 Millionen Mark angelegt werde. Dieses Gehalt soll sich zusammensetzen aus Erträgen von Landgütern, Forsten und schließlich aus einer in bar zu zahlenden sogenannten Kronrente von 300 000 Mark. Die Landtagskommission hat empfohlen, diese Kronrente um 200 000 Mark zu kürzen, jedoch also die Zivilliste nur 1 800 000 Mark betragen soll. Der Landtag hat dem zugestimmt. Der Streikler Großherzog hatte ursprünglich sich bereit erklärt, im Falle der Verfassungsreform die Summe von 2 Millionen Mark an die Streikler Landessteuerkasse herauszugeben. Um dem Streikler Großherzog jede Lust zur Verfassungsreform zu vertreiben, erklärten die Ritter, daß der Großherzog noch viele Millionen mehr herauszahlen müßte, die die Streikler Krone auf Kosten der Steuerzahler aufgesammelt habe. Der Streikler Großherzog hat dann erklärt, daß er nunmehr 12 Millionen Mark, also 10 Millionen Mark mehr, herauszahlen will, wofür ihm u. a. die Tragung der Schullasten usw. abzunehmen seien. Der mecklenburgische Landtag hat sich über seine Haltung zu der finanziellen Regelung bezüglich des Großherzogs von Streikler nicht zu einigen verdammt, jedoch also kein günstiger Beschluß in dieser Sache vorliegt.

[]) Nordenham. Neue Differenzen im Baugewerbe in Nordenham. Nach zehnmontatlicher Aussperrung, die von den Unternehmern des Baugewerbes in Nordenham verhängt wurde, um die unbeschränkte Benutzung ihres Arbeitsnachweises zu erzwingen, ist es den wiederholten Bemühungen des Stadtmagistrats am Orte gelungen, am 2. November einen Frieden zwischen den Parteien zu schließen, bei dem die zwangsweise Benutzung des Arbeitsnachweises ausgeschlossen und die Wiederereinstellung der ausgesperrten Bauarbeiter zugesichert wurde. Allzu lange hat dieser Friede nicht gedauert, denn wenige Tage nach der Festlegung der Friedensbestimmungen hat es sich bereits gezeigt, daß der Unternehmerverband in Nordenham gar nicht willens gewesen ist, die eingegangene Verpflichtung zu erfüllen. Ihm kam es nur darauf an, die von der Arbeiterpresse veröffentlichten Sperrnotizen über Nordenham, die sich als äußerst wirksam erwiesen hatten, zum Verschwinden zu bringen, um dann umso leichter mit den Bauarbeitern in Nordenham umspringen zu können. Anstatt, wie vereinbart, die Bauarbeiter einzustellen, haben verschiedene Unternehmer die ansässigen Leute zurückgewiesen. Auf dem Arbeitsnachweis wurden die schikanösesten Maßnahmen angewendet, die sich nur durch die ungeheure Wut erklären lassen, die bei den Unternehmern vorhanden ist über die Bauarbeiter, die sie nicht klein kriegen konnten. Anstatt der ansässigen Leute werden Bauarbeiter von auswärts angeworben. Tariflohn wird in sehr vielen Fällen nicht mehr gezahlt. Die Arbeiter haben wegen dieser skandalösen Vorkommnisse den Stadtmagistrat gebeten, den Unternehmern ins Gewissen zu reden, damit nun der Friede auch wirklich gesichert bleibt und vor allen Dingen die Unternehmer die eingegangene Verpflichtung erfüllen. Aber die Unternehmer haben abgesehen zu einer Sitzung zu erscheinen. Sie berufen sich auf die tariflichen Instanzen, die nach ihrer

Fassung nunmehr zu entscheiden hätten. Das magen die selben Unternehmer zu sagen, die durch die vor Jahresfrist angezeigte Aussperrung einen Tarifbruch begangen haben, die einen Schiedspruch der höchsten Tarifinstanz im Baugewerbe, der sie zur Aufhebung der Aussperrung in Nordenham verpflichtete, unbeachtet ließen. — Die Bauarbeiter in Nordenham werden sich auf solchen Handel mit den Unternehmern nicht mehr einlassen, weil die Unternehmer absolut keinen Anspruch haben auf den Schutz der tariflichen Instanzen, solange sie nicht zunächst die Verpflichtung rektlos erfüllt haben, die als Grundlage für die Wiederherstellung des Friedens und des Tarifvertrags vereinbart worden ist. — Für Bauarbeiter gilt deshalb Nordenham als gesperrt und jeder Bauarbeiter muß Arbeitsangebote nach Nordenham ablehnen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Lannhäuser“, Oper in drei Akten von Rich. Wagner. Die geistige Aufführung dieses Musikdramas war besonders in ihrem orchestraalen Teil wertvoll. Herr Kapellmeister Pfeiffer erzielte mit seiner ausgezeichneten Musikerschar prachtvolle Klangwirkungen. Den Lannhäuser sang erstmalig Herr Schöffel. Was der junge Künstler bot, war eine vielversprechende Studie, aber noch keine reife Leistung. Ihm fehlte das innere Miterleben, deshalb blieb seine Darbietung indifferent und sein Gesang ohne mitreißende Wirkung. Stimmlich entledigte sich Herr Schöffel seiner Aufgabe glänzend. Keusch und innig, mit echter Empfindung, gab Frau Schmitt die Elisabeth. Herr de Garmo sang den Wolfram ton Schön und mit bestem Ausdruck. Frau Ruse-Tiburthus war eine vorzügliche Vertreterin der Venus. Die Herren Kolmich (Walter), Uchner (Bitterrolf) und Fabian (Landgraf) sowie Frl. Jansen (Hirt) bemühten sich erfolgreich um die übrigen größeren Partien. Herr Oberregisseur Meyer hatte für eine hübsche und stimmungsvolle Inszenierung gesorgt. Das Publikum, welches die billigeren Plätze dicht besetzte — der erste Rang und Sperrsitze waren natürlich leer — nahm die Vorstellung sehr beifällig auf. P. L.

Stadthallen-Theater. Hinter Mauern, Schauspiel in 4 Akten von Henry Nathansen. Sowohl das Schauspiel als auch seine Wiedergabe durch Berliner Künstler unter Leitung des Regisseurs Fischer enttäuschte alle diejenigen angenehm, die mit einem gewissen Scepticismus auswärtigen Ensemblegesellschaften gegenüberstehen. Die Darstellungskunst der Schauspieler stand durchweg auf einer erfreulichen Höhe. In erster Stelle sind Elita Berma und Michael Sailowitz zu nennen, die als Esther und Adolf Lewin ausgezeichnete Leistungen boten. Vortrefflich waren auch Robert Kornacki als Hugo und Adele Meyel als Mutter Lewin. In der Auseinandersetzung mit ihrem Gatten wegen Esthers Verlobung mit dem christlichen Dozenten wächelt sie riesengroß empor und legt tragische Kraft in ihre Rolle. Sehr gut verstand es Alfred Müller den Prokuristen Meyer zu kreieren und seine Darstellungen mit einer feinen dezenten Komik auszustatten. Auch Guy Johnson als Jakob und Max Große als Dr. Derming befriedigten sehr. Die übrigen Darbietungen waren Durchschnittsleistung. Das Zusammenklappte ausgezeichnet. Wenn „Hinter Mauern“ auch keinen Anspruch auf Literaturwert hat, so ist es doch ein sehr wirksames Theaterstück, in dem das feste Zusammenhalten innerhalb der jüdischen Familien gewissermaßen mit einem Leben hinter den Mauern der Augenwelt verglichen wird. Wenn auch mancher Jude oder manche Jüdin, die sich mehr in der Welt der Wissenschaft bewegen, dieses Leben mit dem „toten Meer“ vergleichen, so fesselt sie doch etwas an dieses tote Meer. Es ist der seit Jahrhunderten festgewurzelte Familieninn, der zu bestimmten Zeiten die zerstreut in der Welt mohnenden Familienglieder im Vaterhause zusammenbringt. Das Stück zeigt ferner, daß manche Christen die Heirat noch mehr als Selbstgeschäfte betrachten, als die Juden. Wenn Dr. Derming seinem jüdenhassenden Vater gegenübersteht und ihm zuruft, daß er seine Kinder weder als Christen noch als Juden, sondern als Menschen erziehen wird, erzielt er Wirkung. Und der alte Lewin hat recht, wenn er sagt: „Wenn wir Menschen uns über die Güter des Lebens und der Welt einigen könnten, wäre genug da für alle.“ Das verhältnismäßig sehr gut besetzte Haus spendete nach jedem Akt viel Beifall. Die Regie hat mit den vorhandenen Mitteln erzielt, was erzielt werden konnte. Wb.

Das Volkskonzert des Lübecker Lehrer-Gesangsvereins, welches gestern vor einem zahlreichen Publikum im Kolosseum stattfand, reichte sich würdig den bisherigen Veranstaltungen des Lehrer-Gesangsvereins an. Nicht zum wenigsten hat gestern neben dem vortrefflichen Chor die Lübecker Kammermusik-Vereinigung mit zum guten Gelingen des Abends beigetragen. Es war ein Genuß, diesen Darbietungen zu lauschen. Eingeleitet wurde der Abend durch zwei stimmungsvolle Choralieder, die der Lehrer-Gesangsverein unter der bewährten Leitung des Herrn Chormeisters Rudolf Hellmich vortrug. Sodann folgten die Herren Hofmeister (Piano), Corbach (Cello) und Szanto (Violine), die drei Mozartsche Stücke gemeinsam zu Gehör brachten. Hierauf wechselten Chorgefänge mit Soli für Klavier, Cello und Violine ab. Stürmische Beifallsrufe belohnten die sämtlichen Mitwirkenden. Dem veranaltenden Verein ist der Dank weiter Volkskreise für seine Darbietungen sicher.

Für den Arbeiterbildungsverein ging gestern nachmittag im Neuen Stadttheater Hauptmanns ergreifende Traumbildung: „Danneles Himmelfahrt“ in Szene. Die Vorstellung, die vor ausverkauftem Hause stattfand, war eine glänzende. Die Künstlerinnen und Künstler gingen in ihren Rollen auf, wofür sie fürmischer Beifall lohnte. Leider scheint dieses Werk Hauptmanns bei einzelnen Zuhörern gestern nicht dem richtigen Verständnis begegnet zu sein.

Handels- und Markt Nachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 7. Dezember. Auftrieb 1754 Schweine. Markt langsam geräumt. Es wurden gezahlet für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinzelter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf., Tara 20 Proz., — bis 83, — (— bis 66,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 82, — bis 83, — (65,50 bis 66,50 Mk.) Mittelwäre, von 200—240 Pf., Tara 22 Proz., 82, — bis 83, — (64,00 bis 64,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 82, — bis 83, — (64, — bis 64,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72, — bis 80, — (64,50 bis 61, —) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 78, — bis 79, — (62,50 bis 63, —) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72, — bis 76, — (56,00 bis 50,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten Inhalt Johannes Stellung. Verleger: J. H. Schwanitz. Druck: J. H. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Teuere Zeiten!



IVO PUKONNY.

4256

Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.

Da nämlich manche behaupten, daß die von uns zur schnellen Einführung von Ragoda-Schnellwaschmittel, um die große Zeitungsreklame zu sparen, angebotenen silbernen Zugaben „Stempel 800/1000“ nicht echt seien, weisen wir darauf hin, daß es unter Garantie echte Verfassungen sind, die nur gangbare 800/1000 geleglich gestempelte Qualität sind und auch die anderen Gegenstände beste Handelsware ist. Lassen Sie sich in den Läden dieselben zeigen und die Broschüre darüber geben. Gegen Einlösung der Gutscheine von 5 Pfd. geben wir bis Ende d. J. gratis und franko u. a. 1 ff. echt silberne Nadel oder 1 ff. Kollier, gestempelt 800/1000, von 10 Pfd. 1 größeres dergleichen oder 3 la. Alp. Eschlöfel oder 3 Alp. Silber-Teelöffel etc. (1913 sind doppelt soviel Gebrauchsanweisungen nötig.) Die Geschenke werden nicht mitbezahlt, sondern extra zur Einführung von Ragoda gegeben. Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Einzig in seiner Art. D. R. G. M. 418 196. 1-Pfd.-Paket nur 55 Pfg.

Schumann & Wille, Wittenberge.

(4859)



5731

Rasiermesser von mir selbst abgezogen, daher harscharf und sanft schneidend.
Streichriemen, Seife, Pinsel, Rasierapparate.
Tischmesser in bester Ausführung, scharf geschliffen und fertig zum Gebrauch.
Taschenmesser scharf geschliffen, in großer Auswahl.
Scheren nur geschmiedete Stahlscheren, tadellos schneidend.
Rucksäcke, Revolver, Teschings, sowie alle Waffen und Jagdgeräte.

Oldorf, St. Petri 7. Fernspr. 1251.
 Schleiferei und Reparaturwerkstatt.

5729

Achtung!
Steinsetzer u. Berufsgen.
Versammlung
 am Dienstag, d. 10. Dezember
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 58-52.
 Tagesordnung:
 1. Kassenabrechnung.
 2. Aufnahme neuer Mitglieder.
 3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
 4. Stellungnahme zum Verbandstag.
 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

5726

Lübecker Straßenbahn.

Fahrscheinbündel und Arbeiter-Wochenkarten für die Linie 14

Forsthalle-Küchritz

werden verausgabt:

in Lübeck: Bureau der Straßenbahn, Knechtstraße 50
 bei der Herrenbrücke bei Hrn. Johs. Schwarz und

in " " " " " Gieseler, „Zum weißen Stein“,
 in Herrenwyk, Hochofenwerk,
 bei Herrn Schichtmeister Felix Hornig.

Bei Lösung von Karten ist Bescheinigung des Arbeitgebers mit Nachweis über die Art der Beschäftigung und die Höhe des Arbeitsverdienstes vorzulegen.

Lübeck, den 5. Dezember 1912.

(5578)

Die Betriebsverwaltung.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Südfrucht-Spezialgeschäft

Breite Straße 60a

empfiehlt aus neuer Zufuhr:

Amerika-Aepfel Baldion, Pfund 25 Pfg., 10 Pfd. 2.25.

„ „ Jonathan, Original-Kiste 14 Mk., 10 Pfd. 4 Mk., Pfund 45 Pfg.

„ „ Spitzbergen, Original-Kiste 13.50 Mk., 10 Pfd. 3.75 Mk., Pfund 40 Pfg.

Valencia-Apfelsinen, mittelgroß, Dutzend 35 Pfg., 3 Stück 10 Pfg.

Mandarinen, 55 mm groß, la. Original-Kiste, 25 Stück 80 Pfg.

Almeria-Weintrauben, la. Pfund 40 Pfg.

Kanarische Tomaten, la. Pfund 35 Pfg.

„ Bananen, la. Dutzend 55 Pfg., Stück 5 Pfg.

St.-Michal-Ananas, la. à 3 Mk. und 2,75 pro Frucht.

Zitronen, la. frisch und saftig, Dutzend 55 Pfg., Stück 5 Pfg.

Brüssler Treibhaustrauben, Pfund 1.60 Mk.

(5710)

Ausstellung und Verkauf

von

modernen Jugendschriften,
 empfehlenswerten Büchern

in allen Preislagen

künstlerisch. Wandschmuck

und interessanten, belehrenden

Gesellschaftsspielen aller Art

im „Gewerkschaftshaus“

Zimmer Nr. 4, part.

Die Ausstellung ist geöffnet:

Dienstag, 10. Dezember, ab 7 Uhr abends u.

Sonabend, 14. Dezember, ab 7 Uhr abends.

Sonntag, 15. Dezember, ab 5 Uhr nachm.

Die Weberei von W. C. Kelling

(früher F. J. W. Hopp)

Großer Bauhof 5 LÜBECK Großer Bauhof 5

empfiehlt ihre dauerhaften

(5502)

Bett-, Tisch- und Leinenzeuge

und sonstige Artikel,

sowie doppelt gereinigte Daunen und Bettfedern.

Spezialität: Waren von Handgespinnstgarn.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 10. Dezember 1912

abends 8 1/4 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern betreffs Tarifvertrag.
2. Weihnachtsvergügen.
3. Weihnachtsunterstützung.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

5727

Die geistigen Waffen des Jungdeutschlandbundes.

Der Jungdeutschlandbund, dessen angeblicher Zweck die körperliche „Ertüchtigung“ der deutschen Jugend ist, hat für „Jungdeutschland“ einen Kalender auf das Jahr 1813 herausgebracht, der, ganz im Sinne der „Ertüchtigungs“-Idee des Bundes redigiert, ein Sammelalbum von Abhandlungen über die verschiedensten Sportarten darstellt. Nebenbei bemerkt sei, daß fast ein Sechstel des Kalenders der geschäftlichen Reklame dient. Ist also dieses Werk, vom literarischen Standpunkt aus beurteilt, kaum der Erwähnung wert, so beansprucht ein Artikel in dem Kalender aus einem anderen Grunde unsere Beachtung. Hier werden nämlich von maßgebender Stelle die Entstehungsgründe des Bundes in offener Weise dargelegt und gleichzeitig ein Kübel Verleumdungen auf die proletarische Jugendbewegung ausgeschüttet. Der Verfasser des Artikels ist der Generalmajor z.D. Jung, der bekanntlich im Nebenberufe gegen die lumpige Entschädigung von 6000 Mark das Amt des 1. Geschäftsführers des Bundes versieht.

Der Verfasser legt dar, daß erstens die eifrige Jugendpflege im Auslande, zweitens mehrere „verschiedene unerfreuliche Innenercheinungen in unserem deutschen Volksleben“ (als welche er die im Vergleich zu England hohe Sterblichkeit unter den 15- bis 20jährigen deutschen Jungen, den Abstieg unserer Geburtenziffer und das Sinken der Zahl Militärtauglicher bezeichnet) und drittens, „das eifrige Streben der Sozialdemokratie, die Jugend für sich zu gewinnen“, die Gründung des Jungdeutschlandbundes veranlaßt habe. Von diesen dreien scheinbar gleichwertigen Gründen, die die Bildung des Jungdeutschlandbundes zeitigten, war aber doch der letzte, nämlich das Wachstum der freien Jugendbewegung, ausschlaggebend. Das verrät das wütende Pathos, mit welchem der Generalmajor gegen die proletarische Jugendbewegung vom Leder zieht. Er orakelt folgendermaßen:

„Rasch breitete sich diese Bewegung in den ersten drei Jahren in Süddeutschland und dann, 1906 nach Norddeutschland übertragen, über das ganze Deutsche Reich aus und verfolgte, offen und klar ausgesprochen, parteipolitische Tendenzen. Mit dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes 1908 . . . wurde die Sozialdemokratie gezwungen, die Jugendlichen unter 18 Jahren aus ihren Vereinen auszuschließen oder sich dort der politischen Agitation zu enthalten.“

Aber in geschickter Weise wußte die Sozialdemokratie, dies zu umgehen.

Sie bildete in den verschiedenen Orten sogenannte Unterhaltungs-, Turn-, Spielvereine, veranstaltete Sing- und Turnabende, die sich nach außen in jeder Beziehung als harmlos darstellen, aber tatsächlich die Jugend stets in parteipolitischem Sinne beeinflussen.

Als Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Jugendbewegung ist klar bezeichnet, der Schutz vor kapitalistischer Ausbeutung und die Erziehung der Jugend in sozialistischem und antimilitaristischem Geiste.

Neben körperlicher Stärkung und Vermehrung des Wissens wird als Hauptaufgabe die Übung im Erörtern politischer Fragen hingestellt.

Ihre Jugendorgane, „Die Arbeiter-Jugend“ und „Junge Garde“, ihr verheißendes sozialistisches Liebesbuch werden in großen Massen der Jugend zugeführt. Sie erfüllen die jugendlichen Herzen mit Erbitterung gegen unsere Gesellschaftsordnung, unsere staatlichen Einrichtungen und vor allem gegen das ruhmreiche deutsche Heer, dem Deutschland seine Einigung und seine Weltmachtstellung, seinen industriellen Aufschwung und Reichtum verdankt.

Unermüdet ist die Parteileitung bestrebt, die deutsche Jugend in ihre Organisation zu ziehen, und jedes Mittel hierzu ist ihr recht.“

Wie der 1. Geschäftsführer des Jungdeutschlandbundes die proletarische Jugendbewegung kennt! Was er nicht alles weiß! Er weiß von zwei Jugendorganen, der „Arbeiter-Jugend“ und der „Jungen Garde“, deren wir uns zu erfreuen hätten. Dabei ist die „Junge Garde“ im Jahre 1908 kurz vor der Gründung der „Arbeiter-Jugend“ eingegangen. Der 1. Geschäftsführer des Jungdeutschlandbundes läßt sie noch im Jahre 1912 die Jugend sozialistisch verheizen!

Von einer Richtigstellung der übrigen falschen Behauptungen, beispielsweise der, daß die Bewegung im Jahre 1906 von Süddeutschland nach Norddeutschland übertragen worden, daß die Sozialdemokratie vor dem Reichsvereinsgesetz Jugendliche unter 18 Jahre in ihre Vereine aufgenommen habe, und daß unsere Unterhaltungs-, Turn- und Spielvereine (die es bekanntlich gar nicht gibt) parteipolitische Tendenzen verfolgen, können wir getrost absehen.

Man sieht: an Schneid fehlt es dem Herrn Generalmajor nicht. Er häuft Behauptungen auf Behauptungen, ohne auch nur den Schimmer eines Beweises dafür zu erbringen. Indessen: sein teutscher Mut muß noch größer sein. Nachdem er klipp und klar auseinandergesetzt hat, daß der Jungdeutschlandbund ein Faktor gegen die Sozialdemokratie sein soll, behauptet er stolz und kühn:

„Der Jungdeutschlandbund hat als seinen ersten Grundsatz aufgestellt, nie mit der Jugend Politik zu treiben, und fordert von all seinen Leitern und Führern, daß nie über politische Dinge mit ihr gesprochen wird.“

Aber schon im nächsten Satz strast der Herr selbst Lügen:

„Er fordert aber andererseits, daß der Jugend die Liebe zur Heimat und Vaterland tief ins Herz geschrieben, und daß sie zur Verteidigung des Vaterlandes tüchtig und hingebungsbereit gemacht wird . . . Die Politik, die der Jungdeutschlandbund treibt, heißt Liebe zum Vaterland, Treue zu Kaiser und Reich.“

Also die Politik im Interesse der herrschenden Klassen ist nach Ansicht des Herrn Generalmajors und 1. Geschäftsführers des Jungdeutschlandbundes keine Politik. Unsere konfessionellen Gegner scheinen nicht unrecht zu haben, wenn sie meinen, daß die jugendliche körperliche „Ertüchtigung“ gar leicht zur geistigen Verblödung führen könnte.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

80. Sitzung. Sonnabend, d. 7. Dezember. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kühn.

Das Vertriebsmonopol für Petroleum.

1. Lesung.

Reichschahsekretär Kühn: Es handelt sich hier nicht um ein politisches Gesetz, sondern um eine wirtschaftliche Maßnahme, bestimmt, die deutschen Verbraucher gegen ein ausländisches Monopol zu schützen. Die Vorlage richtet sich aber nicht etwa gegen eine bestimmte Gesellschaft, nur die Bildung eines Monopols soll verhindert werden, das die Gesellschaft, wie man uns sagt, selbst nicht begehrt. Die Kritik am Entwurf war bisher nicht immer sachlich. Man scheute sich nicht, zu behaupten, das Gesetz sei nur zugunsten einiger Privatkapitalisten gemacht und die Regierung sei abhängig von der Deutschen Bank. Soweit, daß so etwas mit Ernst behauptet werden könnte, sind wir doch wohl in Deutschland noch nicht gekommen. (Abg. Graf Westarp: Sehr richtig! Offt.) Andere wieder meinten, wir hätten uns von Interessentengruppen täuschen lassen. Das müßte dann wohl auch vom Reichstag gelten, der in einer Resolution einmütig ein solches Gesetz verlangt hat. (Sehr gut! rechts.) Nur auf Grund dieser Resolution ist die Vorlage gekommen. Aus sachlichen Gründen sind Gegner des Gesetzes die Gegner jedes Monopols. Aber hier handelt es sich gar nicht um ein eigentliches Monopol, sondern nur um die Zuführung eines ausländischen Produktes an den inländischen Zwischenhandel. Auch handelt es sich hier nicht, wie sonst beim Monopol, um Einschränkung der inländischen Produktion. Näher liegt der Einwand, das Gesetz sei überflüssig, denn die Standard Oil Company habe den deutschen Markt zu einem ziemlich billigen Preise genügend mit Petroleum versorgt, und würde ihre Macht auch in Zukunft nicht dazu missbrauchen, die Petroleumpreise wesentlich zu erhöhen. Aber Menschen und Absichten sind dem Wechsel unterworfen, und die Gefahr ist nicht ausgeschlossen, daß ein Geschäftsmann seine Macht ausnützt, um sich einen höheren Preis für seine Ware zu verschaffen. Andere Staaten haben auch gegen diese Gefahr Abwehrmaßnahmen ergriffen. Wie man in Amerika selbst über die Gesellschaft urteilt, beweisen die Worte eines amerikanischen Richters, wonach etwas Gleiches an Unterdrückung und Mißbrauch von Macht in der Wirtschaftsgeschichte Amerikas nicht bekannt sei. — Man hat behauptet, ohne die Standard Oil Company sei eine genügende Versorgung Deutschlands mit Petroleum unmöglich, und diese würde ihre Mitwirkung verlangen. Das trifft nicht zu. Insbesondere sind die amerikanischen Augenleiter außerordentlich leistungsfähig. Die Regierung hätte ja, bevor sie mit dem Gesetze kam, durch Vorverträge den Bedarf Deutschlands decken können. Das wäre gewiß großzügig, aber auch sehr unbesonnen gewesen. Der plötzliche Ausschluß eines so großen Lieferanten hätte Beunruhigung in weite Kreise getragen und wäre auch unbillig gewesen. Andere Kritiker wieder verlangen ein Staatsmonopol; aber Beamte sind für kaufmännische Geschäfte nicht geeignet. Die Regelung des Ausschreibungsrechts und der Gewinnbeteiligung entkräften den Vorwurf, daß ein bestimmtes Großkapital unzulässig gefördert wird. Auch wären wir zu einer Verschärfung der Aufsicht bereit. Die Erträge des Gesetzes sollen einer vermehrten Fürsorge für die bedürftigen Klassen dienen, die der Reichstag immer verlangt hat. Doch das ist nicht der Hauptzweck, sondern nur ein Neben Zweck des Gesetzes, der das Urteil über das Gesetz nicht beeinflussen darf. Öffentlich geht aus unserer gemeinsamen Beratung ein Werk zum Wohle der Gesamtheit hervor. (Bravo!)

Wurm (SD): Der Entwurf bringt uns an Stelle der möglicherweise durch die Standard Oil Company drohenden

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Hermine fuhr aus dem Schlaf empor. Was waren doch das für dumme und beängstigende Träume, die sie absolut nicht schlummern ließen. Und doch, da waren ja die Flammen!

Das Zimmer war erfüllt von Rauch und von einem brenzlischen Geruch, außen aber schlug eine hohe und gierige Flamme empor und im ganzen Hause begann es zu krachen und zu knistern. Erschreckt sprang Hermine aus dem Bette und sah zum Fenster hinaus in ein Feuermeer; ein erstickender Rauch strömte ihr entgegen und trieb sie vom Fenster zurück. Sie schrie laut auf vor Entsetzen und rannte nach der Tür, nachdem sie nur ein leichtes kurzes Untergewand umgeworfen. Ein ebenso erstickender Rauch drang die Treppe herauf und durch den Rauch gewahrte sie den Feuerschein von unten — die Treppe stand schon in Flammen.

Sie sank vor Entsetzen in die Anie, dann wollte sie in ihr Zimmer zurück, ganz sinnlos, ohne zu wissen, was sie tat. Der Übergang aus dem Traum in die Feuersbrunst war zu plötzlich gewesen. Hinter ihr erscholl lautes Geheul; Herr Meyer rannte herbei, halb nackt und halb wahnwitzig vor Schrecken, das Feuer versperrte den Ausgang aus dem brennenden Hause.

Der Brand mußte im Erdgeschloß ausgebrochen sein, wo die beiden betagten Wirtsleute schliefen. Von ihnen vernahm man nichts. Hatte man eine Lampe oder ein glimmendes Feuer nicht sorgfältig ausgelöscht, oder lag Brandstiftung vor? Neben dem Hause und in der Scheune waren am vergangenen Abend massenhaft Heu, trockenes Laub und ähnliches, bei der großen Hitze leicht entzündliche Stoffe aufgehäuft gewesen. Sie hatten sich entzündet, während zugleich das Holzwerk am Hause in Brand geriet. Ein leichter Wind hatte die Funken in das Laub und das Heu getragen, darauf hatte sich die Scheune entzündet und aus dem Heu schlug eine riesenhafte Flamme empor, die die ganze Vorderseite des Hauses in Rauch und Flammen einhüllte.

Niemand hatte von dem entzündenden Feuer etwas bemerkt, denn auf dem Lande pflegt man nach harter Tagesarbeit gar fest zu schlafen. Die alten Leute im Erdgeschloß mußte der Rauch betäubt haben. Nun aber erhob das Vieh in den Ställen ein wildes und wütendes Brüllen, und das Gebäude stürzte aus den Nebengebäuden, die gleichfalls von den Flammen bedroht waren.

„Feurijoh! — Es brennt! — Feurijoh!“ erscholl der Schreckensruf auf der Straße vor dem Hause, und überall aus den Häusern stürzten halbnackte Gestalten, Männer, Weiber und Kinder, wie sie gerade aus dem Bette kamen. Alles lief wildschreierend und gestikulierend durcheinander. Das erschreckte Vieh ward aus den Ställen gelassen und rannte brüllend heraus und davon, aller Anstrengungen der Knechte und Mägde, es zurückzuhalten, spottend. Es war wie ein Wunder, daß niemand von den scheuen Pferden und Ochsen getreten oder mit den Hufen geschlagen oder mit den Hörnern gestoßen wurde.

Dichte Rauchwolken hüllten das Haus ein; zuweilen jagte sie ein Windstoß hinweg, und dann erschien am Fenster Hermine im Nachgewande, die Hände ringend, oder der unglückselige Meyer, der unaufhörlich um Hilfe herunterschrie.

Zu Hilfe! Wer sollte sie bringen? Auf solch einem kleinen Ort hat man keine organisierte Feuerwehr und auch keinen Löschapparat, wenigstens keinen tauglichen. Der Nachtwächter war nach dem eine Viertelstunde entfernten Rathaus des langgestreckten Dörfchens geeilt, wo eine alte, gelegentlich erworbene Handpumpen- und eine Feuerleiter aufbewahrt waren. Aber er mußte bei dem noch weiter wohnenden Ortsvorstand erst die Schlüssel holen. Ach, bis der Mann wieder kam, konnte das Haus zweimal abgebrannt sein.

Immer gieriger leckten die Flammen an dem leicht aufgeführten Gebäude empor und fraßen an dem Holz- und Fachwerk. Das Prasseln und Knistern nahm zu; man hörte, wie bereits im Innern des Hauses einzelne Teile zusammenstürzten.

Wieder warf ein leichter Windstoß den dichten Rauch und Qualm beiseite; wieder sah man Hermine, im weißen Gewande, mit aufgelösten schwarzem Haar, schauerlich schön von der Flamme beleuchtet, die Arme in die Luft werfen, wie flehend um Hilfe, und Meyer rief mit schriller Stimme durch das Knistern und Knattern der Feuersbrunst herab: „Zehntausend Mark dem, der mich rettet!“

Drunken aber standen die Bauern ratlos; sie wußten nicht, wie anfassend bei solchem Unglück; die Männer sperrten die Mäuler auf, und die Weiber irrten jammernd und händerringend umher.

Auf der Dorfstraße begann man Sturm zu läuten. Auch der würdige Pfarrer erschien auf dem Brandplatze und sprach mit bebender Stimme lauthörig: „Lasset uns beten! Hier kann nur der Allmächtige helfen!“

Die Bauernweiber falteten die Hände; in demselben Augenblick aber rief dicht am Hause eine Befehlende und ruhige Stimme:

„Haltet die Leiter, und wenn ich jemand herausdringe, so nehmt ihn mit ab!“

Es war Fritz Born, der mit einem mächtigen Bichel in der Hand erschien, während Jörg eine Leiter hinter ihm hertrug.

„Ihr werdet doch nicht in das Haus hinein wollen,“ schrie ihm ein Bauer zu, „das ist Euer sicherer Tod.“ „Gewiß will ich hinein,“ erklärte Born ruhig. „Ihr rührt ja keine Hand und laßt die Leute drinnen ruhig verbrennen.“

Auf dies liefen einige kräftige Bauernburken hinzu und halfen Jörg die Leiter halten.

Es war ein Glück, daß der Tischler das Innere des Hauses kannte, da er bei der Einrichtung der Gastzimmer beauftragt gewesen war.

An der einen Seite des Hauses erhob sich ein mit Ziegeln gedeckter Anbau, den das Feuer noch nicht ergriffen hatte, da der sich erhebende Wind die Flammen nach der anderen Seite blies. Der Ramm des Daches von diesem Anbau reichte etwa bis an das Stockwerk, wo sich die Gäste befanden, aber das Haus hatte alle Fensteröffnungen nach vorne.

Mit äußerster Schnelligkeit und Gewandtheit, einer Rake gleich, kletterte Born die Leiter und das Dach des Anbaues empor. Die Bauern drunten hielten den Atem an. Er stellte sich aufrecht auf den Ramm des Daches, trat so fest als möglich auf und führte mit dem Bichel mächtige Streiche gegen die Wand. Er schwankte und wäre beinahe hinabgefielen. Darum setzte er sich rittlings auf das Dach. Das leichte Fachwerk gab seinen gewaltigen Schlägen bald nach; in wenigen Minuten hatte er ein großes Loch gebrochen. Er erweiterte es, so daß ein Mensch bequem hindurchschlüpfen konnte; sodann verschwand er in der Öffnung, aus der eine Rauchwolke hervorjoh.

„Hol! Hol! Hurra!“ schrien die Bauern, „der hat Courage, der geht durchs Feuer!“

Durch einen Funkenregen und durch dichte Rauchwirbel drang Born gegen die Zimmer Herminens und ihrer Tante vor. Es war die höchste Zeit. Die Treppe war längst unter den Flammen eingestürzt und auf dem engen Korridor züngelte schon da und dort das fressende Element hervor. Das ganze Balkengerüst des Hauses schwankte. Der Einsturz mußte in nächster Zeit erfolgen.

Der Rauch benahm Born den Atem und ließ ihn nur wenige Schritte weit sehen, aber der Brave ließ sich nicht abhalten durch den feurigen Qualm. Die Hitze war erstickend und drohte seine Kräfte zu lähmen, das Feuer versengte seine Kleider und seine Haare — er drang hindurch und er-

Verteuerung des Petroleums eine ganz sichere Verteuerung dieses Leuchtstoffes. Der Staatssekretär erklärte, daß der Entwurf ja nicht Gesetz zu werden brauche, auch wenn er angenommen werde, denn der Bundesrat solle den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmen. Dadurch haben unsere Bedenken gegen den Entwurf eine kleine Abschwächung erlitten, und wir sind in dem Vorhaben befestigt, ihn nicht von vornherein abzulehnen, sondern einer Kommission zu überweisen. Auf dem Gebiete der Produktion und des Handels hat hier eine große Kapitalisten-Gruppe den gesamten Petroleumhandel für Deutschland und einen nennenswerten Teil des Welt Handels in einer Hand vereinigt. Daß dadurch ein Privatmonopol für Deutschland geschaffen ist, und die Preise ins Ungeheure gesteigert werden könnten, liegt auf der Hand. Wir billigen prinzipiell den Eingriff des Staates in den freien Verkehr. Die Vorlage illustriert die Tatsache, daß die Schwachen durch die Starken vergrößert werden, daß die Arbeitsmittel das Monopol einer kleinen Gruppe von Kapitalisten werden. Ist der Regierung zum Bewußtsein gekommen, daß sie mit diesen Darlegungen den ersten Teil unseres Parteiprogramms illustriert? (Sehr gut! h. d. Soz.) Wir unterschreiben aber nicht die Schlussfolgerung der Vorlage, die nicht das Reich an die Stelle der Privatunternehmer setzen will, sondern eine Mischung von privaten Rechten mit staatlichen Genehmigungsgewalten bringt und so dem Privatkapital noch erhöhte Rechte gibt. Die St. O. C. ist eine der großartigsten und rückwärtslosesten Gesellschaften, die mit allen Mitteln des Kapitalismus vorgeht, um sich den Markt zu gewinnen. Sie soll nach einigen Berichten ein Kapital von 1200, nach anderen gar von 2000 Millionen haben. Die letzten Dividenden sollen 160 Millionen Markt gewesen sein.

Dieser Trust ist die größte Macht der Welt.

und beherrscht die Vereinigten Staaten. Er könnte uns materiell vom Petroleum abverren; aber bis jetzt hat er nicht zum Schaden der Verbraucher gearbeitet, und die Preise billig gehalten. Nun sagt der Staatssekretär, er tue das der auswärtigen Konkurrenz wegen, und werde die Preise steigern, wenn sie nicht mehr vorhanden sei. Aber die wichtigste Konkurrenz für das Petroleum liegt in dem Übergang der Verbraucher zu anderen Beleuchtungsarten, zum Gas oder zur Elektrizität, die selbst bei den heutigen Preisen mit dem Petroleum konkurrieren können. Diese Preise sind aber durch denselben Staat künstlich in die Höhe getrieben, der uns vor der Verteuerung des Petroleums schließen will, denn ihre Ursache liegt in den hohen Kohlenpreisen. Es wäre also zunächst an eine Verstaatlichung der Kohlenbergwerke und der Wasserkräfte zu denken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Hauptfrage ist: kann Deutschland ohne die St. O. C. genügend Petroleum erhalten und zu welchem Preise? Die Vorlage spricht von Rumänien, Galizien, Rußland und Deutschland. Diese liefern heute ungefähr ein Fünftel dessen, was wir an Petroleum verbrauchen. Im Vordergrund steht Rumänien, das Schöpfung jener Bank X., von der die Bank Y. nichts wissen will, wie der Staatssekretär sagte. Setzen wir statt X. Deutsche Bank und statt Y. Diskontogesellschaft, so haben wir die Gleichung richtig gelöst und brauchen uns kein X. vormachen zu lassen. (Seiterkeit.) Nachdem die Deutsche Bank oder die Banca Romana, die rumänische Petroleum-Gesellschaft, vergeblich versucht hat, gegen das amerikanische Petroleum zu konkurrieren, hat sie sich mit der St. O. C. vertragen, und erst, als die Monopolansprüche für Deutschland festere Gestalt annahmen, hat sich das zarte Bündnis zwischen der Deutschen Bank und der St. O. C. wieder gelöst, und man ist sich in die Haare geraten. Dieser Streit der Interessentengruppen geht uns hier nichts an. Die Hauptsache ist, daß die Lieferfähigkeit Rumäniens durch Qualität und Quantität seines Petroleums für uns sehr begrenzt ist. Was Galizien betrifft, so sind die dortigen Erfahrungen ein Wasserbeispiel dafür, wie ein Staat, der sich einer Privatgesellschaft zu geistig zeigt, mit Nutzen gedeiht. Galizien hatte anfänglich ein überaus reiches Vorkommen seiner Petroleumproduktion. Es zwang durch seinen politischen Einfluß die österreichische Regierung, mit ihm einen Vertrag zu schließen, der ihm einen dreimal höheren Preis, als den damaligen Marktpreis, zahlte. Damit das Petroleum verhandelt werden konnte, mußte der Staat seine Lokomotiven ändern und Petroleum zu ihrer Heizung verwenden. Aber die Natur rebellierte gegen den Vertrag, eines Tages verriegelten die Quellen, es kamen Wassereinträge dazu und die Produktion ging kolossal zurück. Daher wurde der Preis noch viel höher. Nun benutzte Galizien seinen politischen Einfluß dazu, dem Staate zu sagen: Löse den Vertrag wieder, es verliert gegen die guten Sitten, daß wir hier das Petroleum so

billig verkaufen, mach mit deinen Lokomotiven, was du willst, wir geben dir kein Petroleum. Wenn man diese Geschichte betrachtet, kann es einem davor grausen, sich mit einer Privatgesellschaft einzulassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Jedenfalls kann Galizien uns nicht viel liefern, auch sind die Transportkosten zu hoch. Dann kommen die amerikanischen Oultiber in Betracht. Kundige meinen, die gäbe es gar nicht mehr, sie gehörten alle längst zum Trust. Tatsache ist, daß die Standard 100 Proz. verdient. Sie kann also noch sehr mit ihren Preisen herumgehen, aber auch die Oultiber aufkaufen. Aber angenommen, sie wären wirklich da. Nun hat aber der Präsident einer der großen unabhängigen Gesellschaften erklärt: wir können und wollen gar nicht unsere anderen Absatzgebiete wegen der Lieferung nach Deutschland aufgeben. Das heißt also, ohne den Trust kann Deutschland sich nicht versorgen. Die Regierung weist darauf hin, daß man bei solchen geschäftlichen Maßnahmen in der Öffentlichkeit

nicht alle Karten aufdecken

dürfe. Gewiß, wir müssen also abwarten, ob die Regierung uns in der Kommission mitteilt, welche Verträge sie event. geschlossen hat und zu welchen Preisen. Vorläufig tappen wir noch im Dunkeln. Nur eines ist sicher: daß wir billigeres Petroleum bekommen sollen als jetzt, davon steht in der Vorlage nichts, und auch der Staatssekretär hat heute nichts davon gesagt. Ich nehme vielmehr an, daß das Petroleum teurer wird, wenn wir es auf der Grundlage beziehen, die die Regierung vorschlägt. Dagegen kann ich mir sehr wohl vorstellen, daß ein

Reichsmonopol.

wenn das Reich ausgestattet mit all seiner Finanzkraft auf den Markt tritt, preiswertes Petroleum liefern könnte. Eine solche reine Reichsanstalt würde sich auch gegen die Konkurrenz der Standard durchsetzen können. Das ist aber ausgeschlossen, wenn Interessenten dabei die ausschlaggebende Rolle spielen. Jetzt kostet das Petroleum 20 Pfg. im Detailvertrieb, 17 Pfg. pro Liter ab Tank. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat erklärt, daß es bei der neuen Einrichtung ausgeschlossen wäre, einen Preis ab Tank von 17 Pfg. zu halten. (Hört, hört!) Jeder Pfennig Verteuerung des Petroleums kostet dem Volke 9 Millionen jährlich. Wenn die Regierung aber einen Preis von 28 Pfg. statt 20 Pfg. annimmt, so bedeutet das eine Verteuerung von 27 bis 30 Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun kommt die Regierung mit einer recht späßhaften Gewinnkala. Sie sagt: wir übertragen der Vertriebsgesellschaft den Verkauf, und wollen jetzt mal recht schlau sein; je mehr sie den Preis in die Höhe treibt, um so weniger soll sie prozentual verdienen. Großartig! Etwas Klügeres kann man sich nicht denken. Leider ist nur derselbe böse Mann, der mit dem weniger Verdienen bestraft wird, gleichzeitig der Besitzer der Petroleumquellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich will aber nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Wenn es irgendwo schwierig war, ein Handelsmonopol einzuführen, dann gerade auf dem Gebiete des Petroleummarktes. Die Regierung hätte eben einige Jahrzehnte früher aufstehen müssen. Eine ganz besondere Schönheit des Entwurfs ist der vorgezeichnete Reichskommissar. Er macht den Eindruck, als habe er die Aufgabe des Klebs beim Stat. (Hilt.) Er darf zu sehen, aber nicht einschreiten. Ein Vortrager hat er nur, wenn gegen Gesetz und Vertrag gearbeitet wird, also wenn der Staatsanwalt sowieso einschreiten müßte. (Zuruf bei den Soz.: Wenn er es merkt! Heiterkeit.) Ein weiteres unnützes Möbel ist der Beirat, der nur begutachtende Tätigkeit haben soll. In ihm ist die Industrie, der Handel, wissenschaftliche Fachleute, Fachleute des Feuerwehrens, die Händler vertreten, nur die Konsumenten nicht. Die haben ihre Vertretung im Reichstag, aber der Reichstag hat gar nichts zu sagen. Eine auf solchen Grundlagen aufgebaute Vorlage müssen wir vollständig ablehnen. Ein Monopol im Interesse der Bevölkerung müßte Reichsmonopol sein. Das Reich müßte den ganzen Vertrieb selbst in die Hand nehmen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Auch die Entschädigungen sind unbillig und willkürlich geregelt. Mit der Veteranenfürsorge, für die die Erträge verwendet werden sollen, will man uns fördern. Das können wir ab. Etwas überflüssig müssen verwendet werden zur Verbilligung des Petroleums (Sehr richtig! h. d. Soz.) für die Veteranenfürsorge wollen wir eine Beihilfe haben. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) An der Verteuerung des Petroleums haben mächtige Kreise ein Interesse; Graf Posadowsky wies im Jahre 1895 auf einen Zoll auf Petroleum hin, um es so zu verteuern, daß man Spiritus zu Leuchtzwecken verwenden. Er meinte, das wäre für die Landwirtschaft die völlige Lösung der Agrarfrage. (Hört, hört! h. d. Soz.) Das ist ja reichlich naiv, aber den Schnapsbrennern läme solche Ver-

teuerung sehr zu flatten. Die Konservativen haben auch auf ihrem Parteitag, 1892, direkt eine

Verteuerung des Petroleums

verlangt. Wenn der Staatssekretär ein Objekt sich aussuchen will, um wegen der Volksauswanderung dagegen vorzugehen, so empfehle ich ihm den Spiritus. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Zur Verstaatlichung weisen wir die Regierung auf das große Gebiet der Kohlen, der Wasserkräfte, der Elektrizität hin. (Abg. Dertel (K.) ruft: Nicht auch die Luft? Daß Ihnen, Herr Dertel, die Interessen des Volkes zufließen, wissen wir längst. (Sehr gut! h. d. Soz.) Wir wollen keine einheimische Gesellschaft an Stelle einer ausländischen setzen. Dem Volk ist es ganz gleich, ob es amerikanisch geschunden oder deutschbäulich geschöpft wird. Wir beantragen die Verweisung des Entwurfs an eine Kommission. Dort muß sie aber gründlich geänderte oder dauernd begraben werden. (Lebh. Beifall h. d. Soz.)

Dr. Mayer-Kaufbeuren (S.): Noch nie bin ich mit einem sozialdemokratischen Redner in so vielen Punkten einverstanden gewesen, wie diesmal mit dem Vortrager. Der Entwurf soll ein Antimonopol sein; dieses ist aber noch ein Problem. Wenn die Gruppe, gegen die es sich richtet, an der Lieferung auch nur teilweise beteiligt bleibt, so ist es eben gefehlert. Es ist aber sehr fraglich, ob wir die Standard Oil Co. von der Petroleumlieferung für Deutschland ausschalten können. Verwahrung muß ich dagegen einlegen, daß man dem Entwurf ein sozialpolitisches Mantelchen umhängt, und uns mit der Veteranenfürsorge fördern will. Auch in seinen Einzelheiten ruft der Entwurf so starke Bedenken hervor, daß wir ihn in seiner jetzigen Gestalt ablehnen müssen, doch wollen wir der Kommissionsberatung zustimmen.

Reichssekretär Kuhn: Wir wollten die Veteranenbeihilfe keineswegs als Vorspann für dieses Gesetz benutzen; es ist nur natürlich, daß wir dem dringenden Wunsch des Reichstages im Interesse der Veteranen Rechnung tragen, sobald wir können. Die Gewinnkala ist durchaus ernst zu nehmen, sie wäre nur illusorisch, wenn Vertriebs- und Produktionsgesellschaft identisch wären. Dem kann aber durch Vertrag entgegengekehrt werden.

Reinath (K.): Wir behalten uns unsere Stellung zur Vorlage vor, da das wichtigste Material erst in der Kommission vorgelegt werden soll. Ein reines Reichsmonopol wünschen wir nicht, die Hauptsache ist uns das Interesse der Konsumenten. Die Verwendung der Überschüsse zugunsten der Veteranen ist uns sympatisch.

Dr. v. Schulze-Gaevernig (Wpt.): Die Frage, ob es noch möglich ist, das Handelsmonopol der Standard Oil Co. zu bekämpfen, möchte ich bejahen, da es ein internationales Produzentenmonopol auf diesem Gebiete noch nicht gibt. Natürlich wäre es ein Schilfbürgestück, wenn wir die Standard ausschalten und dann die Preise für die Konsumenten erhöhen wollten. Es muß möglich sein, den Preis auf 18 Pfg. herabzusetzen. Für die Angehörigen wünschen wir eine angemessene Entschädigung. Höchst unsympathisch ist uns die Vergütung mit der Veteranenbeihilfe. Darin liegt doch ein gewisses Druckmittel. Wir verlangen Veteranenbeihilfe auf Grund einer Reichserbschaftsteuer. (Bravo links.)

Dombeck (Pole) lehnt die Vorlage in der jetzigen Gestalt ab.

Dr. Uredt (Kv.): Auch wir wünschen nicht, daß die Frage der Veteranenbeihilfe als Vorspann für das Gesetz benutzt wird. (Hilt. rechts.) Wenn der Spiritus durch technische Fortschritte verbilligt und zur Konkurrenz gegen das Petroleum mehr benutzt werden könnte, wäre das volkswirtschaftlich sehr wertvoll. Deutschland ist dem amerikanischen Trust gegenüber in einer sehr günstigen Lage, denn es ist kein bester Kunde und hat nur nötig, von seiner Macht Gebrauch zu machen. Wir werden unsere Stellung zum Entwurf von seiner Gestaltung in der Kommission abhängig machen.

Thumann (Kv.) erklärt, daß auch seine Freunde das Ergebnis der Kommissionsberatung abwarten wollen. Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr. (Vorher dritte Lesung der Vorlage über den Zusammenstoß von Schiffen, nachher Wahlprüfungen.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Ein interessantes Untersuchungsverfahren. Das Bohumer Volksblatt brachte Anfang Oktober ein charakteristisches Kulturbildchen aus Reddinghausen. Der Kastellan des dortigen Amtsgerichts hatte sich beim aufsichtführenden Richter, einem Gerichtsrat, beschwert, weil seine im Kellergehöf liegende

reichte Herminas Zimmer. Heilig hielt er die Türe auf und sah durch den Rausch Herminen halbbeleidet wie tot auf dem Sopha liegen. War sie tot oder ohnmächtig? Gleichviel, sie mußte den Flammen entrissen werden, und er umfaßte die weiße Gestalt mit seinen kräftigen Armen und hob sie leicht empor. Da kam verzweifelt Hans Meyer heran, laut schreiend; Born rief ihm zu, daß am Ende des Korridors eine Öffnung in die Wand geschlagen sei, und augenblicklich rannte Meyer dahin, ohne sich weiter um jemand zu kümmern. Die jüngste Tochter hatte ihn ganz sinnlos gemacht. Er gelangte auch glücklich hinaus und ward von Jörg und von den Bauern angenommen, die ihm über das Dach hinweg halfen. Als er unten angekommen war, blieb er noch eine ganze Weile sprachlos vor lauter Schrecken.

Derweilen bahnte sich Born mit seiner Last den Weg durch den Qualm und durch die Flammen. Sorgsam gab er acht, daß das leichte Gewand Herminas nicht Feuer fangt, und wachte die Juchten ab und achtete nicht darauf, daß ihm selbst das Haar und Bart verkohlet wurden; er war nur besorgt, Herminas lange schwarze Haarflechten, die aufgeschuppt ihr bleiches Haupt umwallten, vor dem Feuer zu schützen. Glücklicherweise erreichte er die rettende Öffnung. Die Feuerzunge beleuchtete in diesem Augenblick Herminas Antlitz und der Flammenchein verflachte die Jüge, die dem Tischler in den jüngsten Tagen bei Tag und Nacht vor Augen geschwebt. Der Duft, der von ihrem Haar und von ihrem Gewand ausging, bewußte ihn; er preßte ihre ganze Gestalt fest an sich und neigte sich über sie, daß sie die Lippen berührte, die er mit glühenden Küssen bedeckte. Er schloß aber auch er ja nicht, denn nun bewegte sich die bisher leblose Gestalt in seinen Armen und schlang in jähdürstiger Angst die Arme um seinen Hals. Er ging entzückt und aus dem Ort und trat auf das Dach hinaus, wo ihm seine Gefährtin halfen, die Gerettete auf den fernen Boden zu bringen. Sie war kumm gelieben und hatte nun zu wie Born die Bauerweiber sich Kleider zur Veredelung ihres Jungens zu bringen. Da sah sie erst, wie mangelhaft sie bedekt war und ein jäges Rot spiegelte ihre Wangen; plötzlich schrie sie laut auf, als sie Meyer sah.

Meine Tante! Meine arme Tante! Wo haben Sie meine Tante?
Meyer ward keine Antwort; aber Born überließ die Gerettete dem Bauerweiber, die eben mit allerlei Gewandung herbeikam, und sagte ruhig:

„Ich will noch einmal hinauf!“
Herminas machte eine Bewegung, wie um den Verwegenen abzuhalten, aber er war schon auf dem Dache.
„Tischler!“ sagte nun der biedere Jörg, als er die Leiter wieder anlegte, „wer weiß, ob die Alte droben nicht schon verbrannt ist. Schonet Euer junges Leben; das Haus kann jeden Augenblick einstürzen.“
Aber Born gab keine Antwort, sondern verschwand abermals in dem brennenden Hause.

Die Blide der Untenstehenden hingen mit ängstlicher Spannung an der dunklen Öffnung, aus der Funken herabsahen und ein Rauchwirbel stichweise hervorschoß; bange Minuten vergingen. Dann aber erschien Born mit dem in weiße Rauchwänder gehüllten, wie es schien, leblosen Körper der alten Frau auf den Armen, und kroch heraus. Er hatte sie vom Rausch ganz betäubt auf dem Boden vorgefunden, in der Hand krampfhaft eine Tasche, die ihre Wertgegenstände enthielt.

Er ließ herab und übergab die alte Frau, die durch die frische Nachtluft auch wieder zu sich gekommen war, den herzugeeilten Frauen aus dem Dorfe. Die Bauern erhoben ein verworrenes Geräusch und jeder wollte der erste sein, der ihren Tot sein Tod zu jollen.

„Ein Teufelskern, der Born!“ rief einer.
„Der ist jenerker!“ rief ein anderer, „der würde sich nicht irren, des Teufels Drogabel aus der Hölle zu holen“; ein Dritter; eine Bahntimme aber ließ sich vernehmen und sprach:

„Er hat's brav gemacht; er verdient die goldene Medaille.“
„Achtung! Achtung!“ rief in diesem Augenblick Jörg mit Donnerstimme, „zurück!“
Alles wußte von dem brennenden Hause weit zurück, wiewohl man sich wohlweislich schon vorher aus dem Bereich fähriger Balken und Feuertrümmern gehalten. Die Gesichter der Bauern schwanken und neigten sich, die Stützen gaben nach, die Hände barsten vollends und mit donnerähnlichem Getöse stürzte das ganze Gebäude zusammen. Aus dem Schutt haufen stieg eine Wölke von Asche, Rauch und Flammen auf, glühendes Gebäl, geschmolzene Mauertümmel und zerfallenes Holzwerk lagen dazwischen aufgeträumt.
Die Dorfbewohner sahen mit kummern Schreck das Gebäude zusammenstürzen und händerringend lief das Gerüchte umher, das nun die beiden alten Weiber, die nicht mehr zu retten gewesen, unter den Trümmern begraben wußte.

Herminas aber, die inzwischen das Gewand einer Bäuerin übergeworfen, trat an Born heran und sprach mit erregter bebender Stimme:
„Wie soll ich Ihnen danken?“
Ihre Augen, die in diesem Moment hoch auf strahlten, suchten die seinen, aber er schlug sie nieder. Er dachte daran, daß er sich unterfangen, die Dame auf den Mund zu küssen, und er vermochte ihr nicht in die Augen zu schauen.
„Es war meine Pflicht!“ flötete er.
Der Pfarrer trat hinzu.

„Ich werde mir eine Ehre daraus machen, wenn die beiden Damen im Pfarrhause einweiliges Wohnung nehmen wollen; ich denke, man wird auch fürs erste passende Kleidung beschaffen können.“

„Wir nehmen Ihre Gastfreundschaft dankbar an“, entgegnete Herminas. Dann reichte sie ihrem Retter die Hand. „Meine Tante wird Ihnen morgen besonders danken, heute ist sie noch zu angegriffen. Ach, wenn Sie nicht gewesen wären! Wir lägen nun unter diesem Trümmerhaufen und als verkohlte Leichname würde man uns hervorziehen. Sind Sie denn ganz unversehrt geblieben?“
„Ja“, sagte Born bescheiden.

„Der Menschenfisch kann noch etwas aushalten“, meinte der Pfarrer, „sola eine schwiellige Haut hält auch einem tüchtigen Feuerbrand Stich. Uebrigens werde ich morgen an die Kreisregierung schreiben, damit sie dem jungen Menschen da eine Medaille und öffentliche Belobigung zukommen läßt. Er hat wirklich mehr Mut, als man sonst von gewöhnlichen Leuten erwarten kann.“

Diese arrogante Art verdroß den Tischler, und er entgegnete herb:
„Das können Sie sich alles sparen. Wenn ich hier wirklich etwas Gutes getan, so braucht das nicht erst von einer Behörde abgekehrt und abgetempelt zu werden. Das können die Leute selber beurteilen.“

Der Pfarrer maß den Sprechenden von oben bis unten mit verwundertem Blick. Unmutig wandte er sich zum Gehert und bot Herminas Tante den Arm. Herminas rief dem Tischler zu: „Darf ich mich auf Ihren Arm stützen? Ich fühle mich so schwach.“

Der Pfarrer sah finster drein, aber Herminas nahm anbehangen den Arm ihres Retters. Man sprach kein Wort auf dem Wege; am Eingang des Pfarrhauses verabschiedete man sich kurz, und Herminas sagte freundlich:
„Wir sehen uns morgen!“ (Fortsetzung folgt.)

Dienstwohnung hochgradig gesundheitsgefährlich sei. Die Wohnung sei schwer heizbar, und ihr entströme trotz fleißiger Lüftung eine muffige, stinkende Luft. Der Herr Gerichtsrat revidierte die Wohnung und gab dem Kastellan den Rat, seine Betten auf den Tisch zu stellen, da ja nach einem bekannten Naturgesetz die warme Luft nach oben ziehe und die Kälte deshalb weniger empfindlich wirken werde. — Die Behandlung dieser Sache im Volksblatt scheint unangenehm empfunden worden zu sein. Man ist nämlich zurzeit eifrig bemüht, den Einsender bezw. den Verfasser der Notiz zu ermitteln. Zu diesem Zweck sind bereits sämtliche Redakteure des Volksblattes — mit Ausnahme des Verantwortlichen! — sowie der Metteur vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Es kommt also den Interessenten offenbar nur darauf an, festzustellen, wer dem Volksblatt die Sache mittelbar oder unmittelbar mitgeteilt hat. Die Tatsache selbst scheint man unbestritten lassen zu wollen.

Die Bürgerausschüsse in Württemberg haben Anfang Dezember begonnen und ziehen sich bis Ende Dezember hin. Alle zwei Jahre ist in sämtlichen Gemeinden des Landes die Hälfte des Bürgerausschusses zu wählen. Die Mandate haben somit eine vierjährige Dauer. Obgleich durch die immer noch fortwährenden Kämpfe um die Neubesetzung des Landtages die Aufmerksamkeit von den Gemeindevahlen abgelenkt wird, hat unsere Partei in den ersten Tagen schon eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. In Eßlingen wurden die vier abgelaufenen sozialdemokratischen Mandate behauptet, jedoch im Bürgerausschuss wie im Gemeinderat der bürgerliche Vorherrschende die Entscheidung zu treffen hat zwischen der gleichstarken bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertretung. — In Gmünd werden gleichfalls zwei freigewordene sozialdemokratische Sitze wieder durch zwei Genossen besetzt. — In Ludwigsburg wurde ein Mandat behauptet, eins gewonnen. — In der Universitätsstadt Tübingen hält der erste Sozialdemokrat seinen Einzug, obgleich unsere Parteidemokratie in dieser Stadt äußerst schwach ist. — Auch im schwarzen Ravensburg im Oberland drang ein Genosse durch. — Ferner wurden gewählt in Kelllingen, Schweningen und Altbach je drei Sozialdemokraten, in Hall, Müllingen, Nordheim und Klein-Eislingen je zwei, in Kohlberg fünf Sozialdemokraten; die letzteren fünf sind völlig neuer Gewinn. Außerdem wurden in mehreren Orten der Partei zwar nicht angehörende, aber ihr nahestehende Männer auf unsere Vorschläge gegen ausgesprochene Gegner der Arbeiterklasse gewählt.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf um den wöchentlichen Ruhetag im Bäder- und Konditorgewerbe. In unserer Notiz über die Ruhetagsbewegung der Bäder und Konditoren hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es muß heißen: Daß in 230 Orten rund 18000 Gehilfen für die Petition votierten, nicht 1500 Gehilfen, wie berichtet wurde.

Abschneideine in der Metallindustrie. Unter diesem Stichwort veröffentlichten wir kürzlich eine Sperrnotiz über Eßlingen am Neckar, weil die dortigen Firmen der Metallindustrie Kündigungscheine eingeführt hatten, und kein Arbeiter, der nicht im Besitze eines solchen war, sich anderweitig um Arbeit umsehen konnte. Auf Grund der Notiz fanden Verhandlungen mit dem Verband württembergischer Metallindustrieller statt. Es wurde festgestellt, daß der Beschluß des Industrieverbandes von Eßlingen und Umgebung bei einigen Metallwarenfabriken eine mißverständliche Auslegung gefunden hat, indem diese die Scheine von den Arbeitern statt beim Eintritt in das Geschäft schon beim Nachsuchen um Arbeit verlangen. Die Firmen des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg haben von dem Beschluß des Industrieverbandes überhaupt keinen Gebrauch gemacht. Die Sperre über Eßlingen ist deshalb wieder aufgehoben.

Sind die Gewerkschaften politische Vereine? Eine Entscheidung darüber steht jetzt bei dem preussischen Obergericht an. Von drei Ortsverwaltungen unserer Zentralverbände wird diese Gerichtsinstanz zur Entscheidung angerufen. Die Prozesse wurden angestrengt vom Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Bielefeld des Verbandes der Fabrikarbeiter gegen den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, vom Vertreter der Ortsgruppe Culmbach des Zentralverbandes der Zimmerer gegen den Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen und vom Former Wessel als Vertrauensmann der Ortsgruppe Köthen des Metallarbeiterverbandes gegen den Regierungspräsidenten zu Liegnitz. In allen Fällen handelte es sich um von der höheren Behörde genehmigte ortspolizeiliche Verfügungen, die die Einreichung der Statuten, eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder der Zweigvereine bezw. Ortsgruppen, verlangten. Die Behörden gingen davon aus, daß es sich um politische Vereine im Sinne des Reichsvereinsgesetzes handelte. In den drei Fällen war Klage erhoben worden mit der Begründung, daß politische Vereine hier nicht in Frage kämen. Die Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine und Rechtsanwalt Dr. Herz-Hamburg, legten eingehend dar, daß weder die Ortsvereine politische Vereine seien noch die in Frage kommenden Zentralverbände. Das Obergerichtsgericht beschloß Beweiserhebung, nicht über das Vereinsleben der einzelnen, hier in Betracht kommenden Zweigstellen bezw. Ortsgruppen, sondern über den Charakter der genannten drei Zentralverbände. Es soll darüber erstens der Polizeipräsident von Berlin bezüglich aller drei Verbände des Orts gehört werden, wo der Sitz jedes der Verbände sich befindet (Hamburg, bezüglich des Zimmererverbandes, Hannover bezüglich des Fabrikarbeiterverbandes, Stuttgart bezüglich des Metallarbeiterverbandes). Das Beweissthema (in das immer der Name des fraglichen Zentralverbandes einzusetzen ist) lautet in allen drei Fällen übereinstimmend: Was ist bisher (den genannten Behörden) bekannt geworden darüber, ob, wodurch und inwiefern der Verband auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezweckt?

Saarbergmanns Erwachen. Zwanzig Jahre sind seit der letzten großen Bergarbeiterbewegung an der Saar verfloßen. Sie endigte mit der Zertrümmerung des Rechtschutzvereins und mit der Maßregelung von 4000 Bergleuten durch den damaligen Minister von Bismarck. Das berüchtigte System, das dann eingeführt wurde, erhielt durch den bekannten Prozeß Hilger-Kramer, der durch das Herausgehen von zwei Flugblättern des Bergarbeiterverbandes entstanden war, den Todesstoß. Der Saar-„Bismarck“ Hilger verschwand. Die Bewegungsfreiheit, die der Bergarbeiterverband geschaffen, wurde zunächst dem christlichen Gewerkverein. Die Sekretäre des Gewerkvereins hielten rabuläre Reden und brachten es zu einem ansehnlichen Mitgliederstand. Doch seit Anfang dieses Jahres ist, weil der christliche Gewerkverein den Streik im Ruhrrevier gebrochen, die Mitgliederzahl fast um $\frac{1}{2}$ geringer geworden. Die Mitgliederzahl des Bergarbeiterverbandes war bisher an der Saar noch gering. Doch es besteht die größte Aussicht, daß hier eine Wendung zum Besseren eintritt. Augenblicklich befinden sich die Saarbergleute in großer Erregung. Der Versuch der Bergverwaltung, eine verfehlteste Arbeitsordnung einzuführen und ungenügendes Entgegenkommen in der Lohnfrage haben die Erregung bis zur höchsten Spitze getrieben. Flammende Protestreden wurden von Bergleuten auf einer Delegiertenkonferenz am

1. Dezember gehalten. Hier wird der christliche Gewerkverein, will er nicht ganz eingehen, in den sauren Apfel beißen und vorwärts müssen. Nur wenige Beispiele von der Beurteilung der Arbeitsordnung durch die Bergleute. Ein Bergmann aus dem Köllertal sagte, wir zitteren nach der „Saarpott“ (Zentrumsblatt) vom 3. Dezember d. J.: „Die neue Arbeitsordnung sei nicht wert, das Tageslicht zu erblicken. Sie müsse mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Kollegen im Köllertal seien zu dem entschiedensten Kampfe bereit, trotzdem der Arbeitersekretär Hans die Arbeitsordnung in ein gültiges Licht zu stellen versucht habe.“ Ein Bergmann aus Keintzen sagt: „Die Zeit ist günstig, die Arbeiter sind bereit, den letzten Schritt zu machen. Wenn wir diese günstige Zeit verschleichen lassen, ohne bessere Löhne durchzusetzen und uns nicht gegen eine verfehlteste Arbeitsordnung wehren, dann müssen wir uns unser ganzes Leben lang schämen wie Verbrecher.“ — Ein Bergmann aus dem bayerischen Pfalz meinte: „Wir haben lange genug gebettelt, wir sind des Betteles endlich müde. Die Zeit ist günstig, nutzen wir sie so bald als möglich aus. Jetzt oder nie kommen wir zum Ziel.“ Ein Redner aus Dudweiler führte aus: „Die Belegschaft der Grube Dudweiler möchte am liebsten schon morgen die Brocken hinwerfen und sehe mit Spannung den Beschlüssen der Konferenz entgegen. Es müßte auch für die Saarbergleute Frühling werden. Dies dürfte aber nicht dauern, bis es auch in der Natur Frühling werde. Jetzt sei es Zeit. Wenn man morgen das Einverständnis der Belegschaft zur neuen Arbeitsordnung haben würde, dann würde die Belegschaft der Grube Dudweiler sich weigern, dies zu geben, und von keinem Menschen werde sie sich zur Annahme der Arbeitsordnung zwingen lassen. In gleichem Sinne sprachen sich noch eine Anzahl Bergleute aus. Alle bergmännischen Redner befandeten einen entschiedenen Willen zur Tat. In der Konferenz wurde dann eine Resolution vorgelegt und angenommen, in der gesagt wird, keine Redner des Bergarbeiterverbandes in den öffentlichen und Belegschaftsversammlungen zu Worte kommen zu lassen. Der Bergarbeiterverband soll ausgeschaltet werden, um ihn zu veranlassen, daß er sich gegen die Bewegung wendet und um den Jörn der Saarbergleute gegen ihn herauszubehaupten. Doch das ist vergebliche Mühe. Der Bergarbeiterverband wird Solidarität üben. Für ihn bedeutet Streikbruch das größte Verbrechen, was eine Organisation begehen kann. Auch möchte die Gewerkevereinsleitung, wie wir dem neuesten „Bergknappen“ entnehmen, dem Bergarbeiterverband die Schuld für die neue Arbeitsordnung aufbürden. Man verbanke, so heißt es dort u. a., das Vorgehen des Fiskus, zum allergrößten Teil der Hege der roten Volksbetrüger gegen den Gewerkverein. Die Saarbergleute haben, wie aus den zitierten Reden hervorgeht, schon den Schuldigen erkannt. Das Bemühen der Gewerkevereinsführer, den Bergarbeiterverband als den Schuldigen hinzustellen, um so die Saarbergleute von einem Kampf abzuhalten, wird vergeblich sein. Der Bergarbeiterverband wird, wenn es zum Kampfe kommt, den Saarbergleuten nicht hinderlich sein, sondern ihnen mit christlichem Rat und Tat zur Seite stehen, trotz aller Beschimpfungen der Gewerkevereinsführer.“

Kommunales.

Mißbrauch der öffentlichen und der Dreiklassenwahl in Preußen. Im Kreise Bochum gingen am Sonnabend die diesjährigen Gemeinderatswahlen in 5 Städten und 16 Gemeinden zu Ende. Unsere Partei hat bei diesen Wahlen ein Mandat verloren und eins gewonnen. Die Nationalliberalen haben infolge der Abmachungen mit dem Zentrum gemäß der Verhältnismäßigkeit der in einem Orte anwesenden Katholiken, die den Abmachungen zugrunde gelegt wurde, eine ganze Anzahl Sitze an das Zentrum abgeben müssen, wofür dieses verpflichtet erscheint, künftighin noch mehr als bisher die Interessen der Kapitalisten wahrzunehmen, genau wie die Nationalliberalen das bezogen. Daß dies so sein wird, geht daraus hervor, daß die nationalliberale Partei das aus 12 Sekretären und einem Generalsekretär bestehende „ParteiSekretariat“ in Bochum mit den Filialen in den größten Industrieorten des Kreises (wofür die Großindustrie der Partei jährlich ungefähr 80000 Mark spendete!) auflösen, und die Sekretäre entlassen konnte, und — daß die Sekretäre der christlichen Gewerkschaften nun tatsächlich genau so für das Kapital arbeiten, wie das früher die nationalliberalen Sekretäre getan haben, und diejenigen von ihnen, die das Glück hatten, von einzelnen Zechen und großen Werken unter Beibehaltung des Titels Parteisekretär zur Agitation für die gelben Wertvereine übernommen zu werden, noch tun. Früher kämpften die christlichen Gewerkschafts- und Zentrumsagitatoren mit den Sozialdemokraten gegen den Wahlterror der Zechen und Werke, heute machen sie denselben Terror gegen die sozialdemokratischen Wähler mit, wie sie ja alle Gemeinheiten mitmachen, die ihnen Vorteile bringen. Die Amtmänner und Bürgermeister sorgen in ihrer Abhängigkeit von den Kapitalisten oder aus wirklicher Freundschaft dafür, daß möglichst viele Zechenbeamte in den Wahlvorstand kommen. Diese führen dann neben der amtlichen noch eine private Liste über die Wähler ihrer Betriebe. Andere Beamte der Zechen und Werke lassen sich an Vorstandsstellen Plätze reservieren und stellen sich mit einem Notizbuch in der Hand jedem Wähler fest vor die Nase, sobald sehr viele Leute beim Anblick ihrer Vorgesetzten wieder umkehren und gar nicht wählen oder — ganz gegen ihre Absicht — den Zechenkandidaten wählen, womit dann die Anwesenheit der Beamten ihren Zweck erreicht hat. — Die Kandidaten müssen meistens vorher von den Zechen genehmigt werden. In der Regel sind es nur Zechen- oder Werksbeamte, so z. B. in einer Gemeinde in der I. Klasse ein Direktor, in der II. Klasse ein Betriebsführer und in der III. Klasse ein Fahrhauer. Und wenn es ein Handwerker, Kleinbürger oder Landwirt ist, so kann man tausend gegen eins wetten, daß er für die Zechen Arbeiten ausführt oder in Grundstücksverkäufen macht. So haben die Werkskapitalisten in fast allen Gemeindevortretungen des ganzen Industriegebietes für alle Forderungen an die Gemeinde ihre Mehrheiten. — Das Kapital weiß die Schwächen der „Untertanen“ auszunutzen. Es bringt viele abhängige Menschen zum Schweigen, und dabei kommt ihm die öffentliche und Dreiklassenwahl gerade recht, und darum das krampfhafteste Festhalten an diesem System. Und solches korruptes Gebahren hat sich in der Reihe von Jahren soviel Geltung verschafft, daß die Verwaltungen, die Bureaucratie, die Polizei und die Geistlichkeit diesem System ihre Achtung sollen und mit ihm als einem gegebenen und wohl berechtigten Faktor rechnen. Unter solchen Umständen fällt es der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schwer, sich durchzusetzen, wiewohl es vorwärts geht.

Soziales.

Vertrauensmännerwahl der Angestellten. Nach den Veröffentlichungen der Freien Vereinigung hat diese in den bis jetzt festgestellten Wahlgängen im Reich 73928 Stimmen erhalten, denen 159962 des „Hauptausschusses“ gegenüberstehen. Der Freien Vereinigung fallen 154 Vertrauensmänner und 391 Erghämner, dem Hauptausschuss 517 und 941 zu. Das ist bei den großen Mitgliederzahlen der Hauptausschusses für die Freie Vereinigung ein

recht erfreuliches Ergebnis. In den Großstädten, vor allem Berlin, Hamburg, München, Leipzig, hat der großprecherische Hauptausschuss sich durchweg Niederlagen geholt. Die aufgeregten Angestellten haben der Regierung gezeigt, daß sie mit dieser „Versicherung“ durchaus nicht einverstanden sind. Jeder findet in einer Reihe von Wahlbezirken überhaupt keine Wahl statt, da es in kleineren, namentlich ländlichen Kreisen der Freien Vereinigung nicht immer möglich war, Kandidaten aufzustellen. In solchen Fällen gilt dann die aufgestellte einzige Vorschlagsliste ohne weiteres als „gewählt“, wodurch der Hauptausschuss eine Anzahl „Wahlsiege“ errungen hat und die Zahl seiner Vertrauensmänner vergrößern konnte.

Aus dem Gerichtssaal.

Todesurteil gegen einen Frauenmörder. Das Schwurgericht in Bromberg verurteilte den Besitzersohn Lehmann aus Schmiedberg wegen Ermordung der Lehrersfrau Anna Polzitz zum Tode. Lehmann hatte die Frau erschossen, weil sie vor Gericht wahrheitsgemäß seine Unterschlagungen bezeugte.

Aus Nah und Fern.

Der Kampf gegen die „Freien Turner“. Die Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig hat beschlossen, der Freien Turnerschaft die Benutzung der städtischen Turnhalle zu kündigen, weil es sich um einen politischen Verein handele. Den Verhandlungen der Stadtverordneten wohnte der Leiter der politischen Polizei bei, der sich eifrig Notizen machte. Zu welchem Zweck, sollte bald klar werden — der Polizeipräsident löste die Freie Turnerschaft auf. Der Auflösungsakt lautet:

„Nach der von der Freien Turnerschaft Braunschweig in hiesiger Stadt ausgeübten Tätigkeit und unter Berücksichtigung ihrer Zugehörigkeit zum Arbeiter-Turnerbund, ist als rechtlich anzunehmen, daß der Verein das Ziel verfolgt, unter seinen Mitgliedern sozialdemokratische Anschauungen zu fördern und zu festigen. Der Verein übt danach eine Werbetätigkeit für eine politische Partei aus, und hat mithin als ein politischer Verein im Sinne des Reichsvereinsgesetzes zu gelten.“

Zur Förderung seiner Zwecke hat der Verein Jugend- und Kinderabteilungen errichtet. Wie feststeht, wird auch in den Zukunftstagen dieser Abteilungen eine politische Tätigkeit ausgeübt, es handelt sich bei ihnen also nicht lediglich um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken.

Nach § 17 des Reichsvereinsgesetzes dürfen Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, weder Mitglieder von politischen Vereinen sein, noch an deren nicht lediglich geselligen Zwecken dienenden Veranstaltungen teilnehmen. Die Übertretung dieser Vorschrift ist nach § 16 Ziffer 6 des genannten Reichsvereinsgesetzes mit Strafe bedroht. Da nach den obigen Feststellungen die Bestrebungen des Vereins diesen Vorschriften widersprechen, läuft der Zweck des Vereins den Strafgesetzen zuwider. Der Verein kann sonach gemäß § 2 Absatz 1 des Reichsvereinsgesetzes aufgelöst werden.

Demgemäß wird die Auflösung der Freien Turnerschaft Braunschweig damit verfügt.

v. d. Büsch, Polizeipräsident.

Die Freie Turnerschaft wird diese Auflösung selbstverständlich mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht beantworteten.

Schrecklicher Tod. In einem Anfall von Geistesgestörtheit beging eine junge Dame aus Berlin in einem Landhause in Hochstedt Selbstmord. Sie trank ihre Kleider mit Petroleum, ging auf das Feld und bestieg einen Strohschob, den sie dann anzündete, wobei sie ihren Tod fand.

14000 Mark von einem Postbeamten unterschlagen. In Dresden ist man umfangreichen Unterschlagungen eines Postbeamten auf die Spur gekommen. Der Postsekretär Morgenstern unterschlug 14000 Mark des Postbeamtenkontingents. Die unterschlagenen Gelder wurden bereits von Verwandten des Defraudanten ersezt. Morgenstern wurde in eine Irrenanstalt gebracht, wo er auf seinen Geisteszustand untersucht wurde.

Der staatsgefährliche polnische Adler. Bochumer Kriminalbeamte hielten dieser Tage bei einem Uhrmacher in Serna Hausdurchsuchung ab. Gefahndet wurde nach Schmuckstücken, die mit einem polnischen Adler verziert waren. Was sich an derartigen Sachen vorfand, wurde konfisziert. Der „Wiarns Polski“ berichtet, daß die Polizei auf den staatsgefährlichen Vogel durch ein Inserat des Uhrmachers aufmerksam gemacht sei.

Aus einer kleinen Garnison. Die Wagnerstadt Bayreuth ist zwar ein sehr friedliches und schlafträges Bürgerstädtchen, gegenwärtig aber summt es dort vor Aufregung, wie in einem Bienenkorb. Unser dortiges Parteiblatt, die „Fränkische Volkstimme“, hat einen den biedereren Patrioten ungläublich erscheinenden Skandal aufgedeckt. Die Felden sind Offiziere der Wagnerstadt Garnison. Sie veranstalteten mit Weibspersonen (Halbe Kinder und verheiratete Frauen waren vertreten) in verschwiegenen Räumen Zusammenkünfte, bei denen die tollsten Orgien (gemeinsame Nacktänze sollen noch nicht das Schlimmste gewesen sein) gefeiert wurden. Die Teilnehmerinnen — Dugende an der Zahl! — geböden den verschiedenen Ständen an: Verkäuferinnen, Beamtinnen und auch Arbeiterinnen nahmen an den geschlechtlichen Ausschweifungen teil. Die bürgerliche Presse ist krampfhaft bemüht, die Geschichte totzuschweigen. Jedoch ist die gerichtliche Untersuchung im Gange. Es sind Photographien beschlagnahmt worden, die äußerst belastend für die Verantwortler der Orgien sind. Beraten ist die Sache durch ein Mädchen worden, die man zu den heimlichen Abenden nicht zugelassen haben soll.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Bei Arbeiten an einer Uniformstation in Hülftswagen kam ein Arbeiter einer Stromleitung von 6000 Volt zu nahe und wurde sofort getötet. Ein Kollege versuchte, ihn zu befreien, erlitt aber dabei ebenfalls den Tod.

Brand in einem Elektrizitätswerk. Sonnabend abend um 5 Uhr brach ein Brand in dem in Saint Denis gelegenen Elektrizitätswerk von Paris aus, das sofort einen großen Umfang annahm. Mehrere Stadtteile des Zentrums von Paris sind ohne Licht. Auf verschiedenen Linien der Untergrundbahn, für die das Werk den Strom liefert, ist der Verkehr unterbrochen. — Die durch die Feuersbrunst in Saint Denis hervorgerufenen Stromunterbrechungen verursachten in einigen Stadtteilen erhebliche Verkehrsstörungen, so daß stellenweise ein besonderer Ordnungsdienst eingerichtet werden mußte. Um 8 Uhr abends wurde der Betrieb der Untergrundbahn wieder aufgenommen.

Zwei Menschen verbrannt. Der „Frankfurter Oberzeitung“ zufolge sind in der Nacht zum Sonntag bei dem Brande einer Scheune zwei Menschen verbrannt. Es handelt sich anscheinend um Obdachlose, die in der Scheune geschlafen haben.

aus einer Handwerkskammer. Die Handwerkskammern, die einst zur Rettung des Handwerks geschaffen wurden, sind den meisten, insbesondere den kleinen Handwertern, längst ein Dorn im Auge, da sie nur zu zahlen, aber sonst keinen Nutzen von den Kammern haben. Ueberaus große Erregung herrscht unter den ostpreussischen Handwertern über die Wirklichkeit in der Gumbinner Handwerkskammer, die jeder Beschreibung spottet, und die selbst den Syndikus der Handwerkskammer veranlaßt hat, dagegen einzuschreiten. Er hat eine Schrift über die Zustände, insbesondere über das Vorgehen des Vorsitzenden der Handwerkskammer, verfaßt und ist deshalb vom Amt suspendiert und auf halbes Gehalt gesetzt worden. Der Vorsitzende wiederum ist wegen Betruges angezeigt und es sind bereits gerichtliche Voruntersuchungen im Gange. Nur ein kleiner Teil von dem, was dem Vorsitzenden zur Last gelegt wird, ist bisher öffentlich bekannt geworden. Und auch das gewährt einen Einblick in die Zustände der Handwerkskammer. So hat der Vorsitzende im Sommer eine Reise ins Bad Zoppot gemacht und sich die Kosten von der Handwerkskammer dafür bezahlen lassen. Später hat er, als die Sache rührbar wurde, das Geld zurückgezahlt. Ein Vorstandsmitglied ist wiederholt mittags von Gumbinnen nach Insterburg gekommen und dann nachmittags wieder zurückgefahren und hat für diese kurze Zeit und Strecke jedesmal 18,64 Mk. liquidiert. Wenn Kommissionsmitglieder diese Reise gemacht haben, so haben sie nur 8,04 Mk. liquidiert. Im vorigen Jahre tagte in Gumbinnen der ostpreussische Kammerstag, auf dem es auf Kosten der Handwerkskammer hoch hergegangen ist. Der Vorstand hatte gesagt, die Veranstaltung sollte nur 194 Mark kosten, aber soviel wurde allein für Autofahrten ausgegeben! Nur 27 Personen haben an dem Kammerstag teilgenommen, und sie haben auch noch ihren Festbeitrag bezahlt, trotzdem hat ihre Bewirtung 1050 Mk. gekostet. Dann sind 40 Mk. für Trinkgeld bei den Tagameterfahrten verwendet worden. Für Musik und Blumen sind über 60 Mk. verausgabt worden. Kommt es zu einer gerichtlichen Verhandlung, dann werden noch ganz andere Dinge ans Tageslicht gelangen.

Doppelfelbstmord auf den Eisenbahnschienen. In der Nähe von Dresden fand Sonnabend ein Liebespaar unter den Rädern eines Eisenbahnzuges den Tod. Als ein Bahnwärter der Haltestelle Dresden-Trachau gestern die Gleise revidierte, fand er zwei verblutete Leichen auf. Nach den vorgefundenen Papieren handelt es sich um den 18jährigen Kaufmannslehrling Max Heim und die 16 Jahre alte

Marie Schenker. Sie hatten sich gemeinsam auf die Schienen gelegt und waren überfahren worden. Das Motiv der Tat soll in Liebeskummer zu suchen sein.

Familien драма. In Venrath tötete der gelstfranke Werkmeister Bernhard Krapelle seine Ehefrau durch zwei Messerschläge und verletzte seinen zu Hilfe eilenden 13-jährigen Sohn durch zwei Revolvergeschosse lebensgefährlich. Sein fünfjähriges Töchterchen erhielt einen Streifschuß. Krapelle verwundete sich selbst durch einen Schuß in das Kinn. Der Täter wurde in die Irrenanstalt Grafenberg übergeführt.

Der Kassenmarder Bruning ist in Winnipeg in Kanada verhaftet worden. Ein Mann mit Namen Herman wurde gleichfalls verhaftet, da man ihn für seinen Mitschuldigen hält. Die Polizei hatte gleich nach Brunings Flucht alle seine Verwandten unter Beobachtung stellen lassen, und besonders in Engter bei Osabrück hatte man seinen Schwager, den Maurer Handts, und seine Frau beobachtet. Man fand bald darauf, daß sie mit Amerika in Briefverkehr standen. Die Postsperrre wurde über sie verhängt und die Briefe geöffnet. Die Behörden festen fest, daß Bruning von Ort zu Ort reiste und schließlich, daß er in Winnipeg in Kanada angekommen war. Nun griff die Polizei zu und veranlaßte die Verhaftung. Aus den Briefen stellte sich ferner heraus, daß Bruning von den entwendeten 260 000 Mk. nur 50 000 Mark mit ins Ausland genommen, das übrige Geld aber bei seinen Verwandten in Engter vergraben hatte. Wie gemeldet, sind 67 000 Mk. bereits in Engter aufgefunden worden; man ist überzeugt, daß der Rest des Geldes noch zu finden ist. Das Auswärtige Amt steht bereits mit Großbritannien wegen der Auslieferung von Brunings in Unterhandlung.

Ein furchtbarer Brand in Montpellier hat vier Personen das Leben gekostet, während drei andere schwer verwundet worden. Das Feuer brach in dem Laden eines gelähmten Buchhändlers aus, der nicht fliehen konnte und erstickte. Die Flammen hüllten bald das ganze Gebäude ein; eine Frau Roussel und ein junges Mädchen verbrannten bei lebendigem Leibe. Der Vater der Frau Roussel wurde schwer verbrannt und starb gleich darauf.

Panik in einer Kirche. Aus Bajadoz wird gemeldet: Während einer Trauung brach in einer Kirche Feuer aus. Der Teilnehmer bemächtigte sich eine Panik und alles drängte nach den Ausgängen. Diese

wurden von den Köpern Niedergetretener blockiert, sodaß ein weiteres Entkommen sich immer schwieriger gestaltete. Einige stürzten sich aus den Fenstern und kamen mit leichten Abschürfungen davon. Trotzdem wurden bei der Katastrophe 26 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Mord. In Kopenhagen erschien auf der Polizeistation die Frau des Klempnermeisters Kock und gab an, daß ihr Mann Joeben von drei Unbekannten ermordet worden sei. Da die Frau Verdacht erregte, wurde sie festgenommen. Sie gestand gestern, daß ihr Mann von ihrem Geliebten ermordet worden sei. Der Täter ist entflohen.

Unglück auf der New Yorker Hochbahn. An der höchsten Stelle der Hochbahn, da wo die Strecke stetig Meter hoch liegt, sind zwei Züge zusammen gestoßen, wobei elf Personen schwer verletzt worden sind. Da die Wagen Feuer fingen, entstand eine riesige Panik unter den Passagieren. Tausende standen in furchtbarer Aufregung auf der Straße und sahen dem Brande in schwindelnder Höhe zu, unfähig, Hilfe zu bringen. Durch Bahnangestellte wurde das Feuer verhältnismäßig schnell gelöscht und größeres Unglück verhindert.

Zwei Riesenbrände. Die große Holzschneidmühle Montbal in Christiania ist niedergebrannt. Es ist dies der größte Brand, der seit erheblichen Zeiten dort gewütet hat. Der Schaden beträgt über 1 1/2 Millionen Mark. Ein furchtbares Schadenfeuer hat am Sonnabend früh in der kurzen Zeit von 5 bis 7 Uhr die lithographische Kunstanstalt G. Mörter in Nürnberg, eine der größten Bayerns, völlig in Asche gelegt. Das Feuer brach um 5 Uhr in der Steindruckerei aus und ergriff mit rasender Schnelligkeit das angrenzende Kesselhaus, die Buchdruckerei und das lithographische Gebäude. Auch ein angrenzendes großes Holzlager fiel den Flammen zum Opfer. Sämtliche Gebäude wurden samt ihrem kostbaren Inhalt, den Maschinen und Apparaten, Papiervorräten und fertigen Waren ein Raub der Flammen, nur von der Buchdruckerei konnte ein Teil gerettet werden. Die etwa dreihundert Mann starke Arbeiterschaft dürfte für längere Zeit brotlos werden. Der Schaden ist sehr groß.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Immer größer wird die Zahl der Hausfrauen, die bei den teuren Fleischpreisen regelmäßig Knorr-Suppenwürfel verwenden, aber noch mehr Hausfrauen gibt es, die diese für jeden Haushalt nützlichen und praktischen Knorr-Suppen noch nicht kennen. Warum? Weil viele glauben, der Fabrikant könne unmöglich für 10 Pfg. 3 Teller gute Suppe liefern. Warum kann Knorr für wenige Pfennige so viel bieten? Weil in dem großen Fabrikbetrieb alle Vorteile des Einkaufes, der Herstellungsweise und des Vertriebes sich vereinigen. Jeder, der für 10 Pfg. einen Knorr-Suppenwürfel kauft, zieht aus all diesen Vorteilen Nutzen. Probieren Sie einen Knorr-Suppenwürfel, er ist besser als andere!

Verkauf lebender Butt
vom Boot aus
am Dienstag, dem 10. Dezember 1912
von vormittags 8 Uhr ab an der 5716
Holstenbrücke und Huxtortorbrücke.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

D. T. V.
Vorstands - Sitzung
am Dienstag, dem 10. Dezember
abends 8 1/2 Uhr
Der Vorstand.

Unserm Sohn Heinrich zu
seinem 32. Weigenfeste ein dommers
des Hoch.
5724 Familie Nagorski.

1 rdt. Pelzboa, 2 engl. Sei-
fellen n. Ratur, 1 gr. Spiegel
n. Natur, 1 Klavierstuhl billig
zu verk. (5719) Augustenstr. 32, n.

Billig zu verkauft, mehr. Damen-
Jackets, Mantel, Sonnet,
Kleider, Herren-Pelzboas, Wagen-
mäntel, Jackett- u. Schrothanzug,
Kleiderwagen, Betten und Hüter.
5721) Bahnhofsstr. 19.

Eine 1 schlänge Bettstelle zu
kaufen gesucht. Angebote mit Preis
unter N P an die Expedition dieses
Blattes. (5723)

Zu verkaufen ein Papagei mit
Sauter und ein Kinderhut.
5725) Bankstraße 20, I.

1 Sauben- u. 1 Mädchenanzug
billig zu verk. (5726) Lindenstr. 39a.

Ein geruchhaltener Puppenwagen
zu kaufen gesucht. Angebote mit
Preis unter B G 24 an die Expe-
dition dieses Blattes. (5705)

Zimmig. Gashed
billig zu verkaufen.
5708) Glandorfstraße 13, II.

Ein Hüter mit unterlegbaren
Noten und ein Respekt-Theater,
beides sehr gut erhalten, billig zu
verkaufen.
5714) Briesstraße 11, part.

7 Jahrgänge „Über Land und
See“ von 1870-77, billig, große
Plattentafeln und ein neuer groß.
Katalog, Preis 1,20 Mk. zu ver-
kaufen. (5728) Georgstraße 19a.

Zu verkaufen ein Einfamilienhaus
mit großem Garten. Näheres bei
Ferdinand Meißner, Panzdorf oder
F. Wiggers, Seeres. (5732)

Zu verkaufen ein guterhaltener
Puppen-Sportwagen.
5712) Ludwigsstraße 16, part.

Zu verkaufen ein Grammophon
und eine Schultrommel. (5711)
Lachwehr-Allee 19, I.
Zu sehen nach 6 Uhr abends.

Ein guter ewiger Ofen und ein
kleiner Waschtisch zu verkaufen.
5707) Friedenstr. 24.

Verloren ein Portemonnaie mit
Lohnkarte u. ca. 31 Mk.
Inhalt am Sonnabend abend im
Straßenbahnwagen 125 von Schwarz-
tau bis Bahnhof Lübeck. Der ehrs-
liche Finder wird gebeten, selbige
gegen Belohnung abzugeben.
5715) Schützenstraße 56a, I.

Unter alte emailierte Töpfe
werden neue email. Boden gelegt.
5608) Mengstr. 19.

Feine Wasche wird laudert ge-
waschen und gebleicht. (5715)
Frau A. Schwarz, Moising.

Rhabarberpflanzen
(victoria)
große starke Pflanzen (5720)
Johs. Peters,
Dorackr. 32 a. Fernsprecher 2163.

Hasenfelle
Kamin, Kochs, Marder, Jitis usw.
Pferdehaare
Mähnen, Aufschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Bahnhofsstr. 22a.

Joh. Meier, Arminstr. 12a.
Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung.
Reparaturwerkstatt.

Reparaturen an allen Systemen. Anlagen und Reparaturen von
Glockenleitungen und sämtliche mechanische Arbeiten werden
billig fachgemäß ausgeführt.

Beziehen von **Wringmaschinenwalzen**.

Leute ohne Kinder wünschen ein
Kind von 4 bis 6 Jahren in gute
Pflege zu nehmen. Angebote unter
W 30 an die Exped. d. Bl. (5713)

Wollfelle

weiß, grau und dunkel, für Decken,
Bettvorlagen, Fußsäcke u. i. w. in
wärmlicher Gebirgung empfiehlt als
gutes Weihnachtsgeschenk zu billigen
Preisen 5705

Gerberei von Carl Rohde
Sundestraße 64.

**Beerdigungs-
Institut
„Zur Ruhe“
Fr. Barby**
Hützstraße 117. Tel. 815.
Übernahme von Erd-
und Feuerbestattungen.
Überführungen von und
nach auswärts. (4197)

**Achtung!
Billig!**

Jeden Dienstag und Freitag
morgen verkaufe frische Seefische
auf dem Brottagplatz. Für Dienst-
tag ausnahmsw. bill. Preise: See-
lachs, Pfd. 22 Pfg., Stabeljaan,
Pfd. 25 Pfg., Finkfarbbonade,
Pfd. 40 Pfg., Hamburger Stint,
Goldbutt, Dorsch, billig. (5722)
Emilie Boy, Königstraße 61.
Markthallenstand 46. Fernr. 1811.

Dicke Flomen
la. frisches Kopf und Bein
la. frische Kochrippen
täglich frisch. Schwarzsauer
Karl Labrtz, Böttcherstr. 14-16
bota. M. Labrtz. (5736)

**Achtung!
Geschäftskutscher und
Kaufmannsarbeiter!**
Umstandehalber findet die
Versammlung
nicht am Dienstag, dem 10. d. M.
statt, sondern
am Mittwoch, dem 11. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
**Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.**
NB. Das Erscheinen der Kollegen
ist dringend erforderlich. D. O.

**Zentralverband
der Handlungsgehilfen**
Achtung! Kollegen! Achtung!
Unsere Versammlungen
finden in Zukunft im
Gesellschaftshaus Monopol
Johannisstraße,
jeden zweiten Dienstag im
Monat statt.
Die Dezemberversammlung ist am
Dienstag, dem 10. d. M.
Tagesordnung wird vor Beginn
bekanntgegeben.
Vollzähliges Erscheinen er-
wartet Der Vorstand.
5737)

Zentr.-Verb. pr. Freidenker D.
Mitglieder-Versammlung
morgen Dienstag, 10. d. M. 8 1/2 Uhr.
Tages-Ordnung: 5739
1. Vortrag. 2. Unsere Agitation.
3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Stadthalle in Lübeck.
heute Montag 8 1/4 Uhr:
Berliner
Ensemble-Gastspiel.
Der große Schläger:
„Hinter Manern“
Kleine Preise.
Vorverkauf bei Herrn Friedr.
Nagel, Markt 14. 5704

Stadthalle in Lübeck.
heute Montag 8 1/4 Uhr:
Berliner
Ensemble-Gastspiel.
Der große Schläger:
„Hinter Manern“
Kleine Preise.
Vorverkauf bei Herrn Friedr.
Nagel, Markt 14. 5704

Stadthalle in Lübeck.
heute Montag 8 1/4 Uhr:
Berliner
Ensemble-Gastspiel.
Der große Schläger:
„Hinter Manern“
Kleine Preise.
Vorverkauf bei Herrn Friedr.
Nagel, Markt 14. 5704

Stadthalle in Lübeck.
heute Montag 8 1/4 Uhr:
Berliner
Ensemble-Gastspiel.
Der große Schläger:
„Hinter Manern“
Kleine Preise.
Vorverkauf bei Herrn Friedr.
Nagel, Markt 14. 5704

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 11. Dezember
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
11. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
Solisten: die Herren Wagner,
Steiner (Oboe) und Becker
(Englisch Horn).

Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Ein Sommernachts-
traum“ F. Mendelssohn-Bartholdy,
Tonbilder aus „Die Walküre“
R. Wagner.
Potpourri aus „Der Graf von Luxem-
burg“ Fr. Lehár.
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger. 5709

Hansa-Theater.
Anfang 8 1/4 Uhr.
Der grösste Lacherfolg
Harry Bienenstein
in den neuen Burlesken.
Nobless auf Plüsch.
Frühlingserwachen
ausserdem
die hervorragenden Spezialitäten
mit **Ludwig Puls.**
Neues Repertoire. (5730)
Vorzugskarten gültig.
Ab 11 Uhr:
Kabarett.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 10. Dezember 1912.
7,30 Uhr. D. M. 13 Uhr. Dienstag-
M. Anfang 7 1/2 Uhr.
Prinzessin Plunkertl.
Weihnachtswägen
von Grifa Grube-Lörder.
Mit großen Ballett-Einlagen.
Kleine Preise.
Mittwoch, den 11. Dezember 1912.
Außer Abonnement. Mittelpreise.
Autolücker.
Burleske Operette v. Jean Gilbert.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
In Vorbereitung: **Der Schmutz
der Waisens.**
Oper von Wolf-Ferrari. 5717

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 10. Dezember 1912.
7,30 Uhr. D. M. 13 Uhr. Dienstag-
M. Anfang 7 1/2 Uhr.
Prinzessin Plunkertl.
Weihnachtswägen
von Grifa Grube-Lörder.
Mit großen Ballett-Einlagen.
Kleine Preise.
Mittwoch, den 11. Dezember 1912.
Außer Abonnement. Mittelpreise.
Autolücker.
Burleske Operette v. Jean Gilbert.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
In Vorbereitung: **Der Schmutz
der Waisens.**
Oper von Wolf-Ferrari. 5717